

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Berufs-Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die einspaltige Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Pf. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschript u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Übersetzung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Er scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Poststellenkonten:** Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 94

Bromberg, Dienstag den 25. April 1933

57. Jahrg.

Was will Japan?

Von Axel Schmidt.

Die Meldungen aus dem Fernen Osten überschlagen sich. Nach der Besetzung der Provinz Dschohol haben die japanischen Truppen bereits die große Mauer überschritten und befinden sich auf dem Vormarsch nach Peking und dem wichtigen Hafenort Tientsin. Und nicht genug damit. Der Draht meldet in den letzten Tagen die Zusätzlichkeit des Konflikts mit der Sowjetunion, um der Ostchinesischen Bahn willen.

Sollte Japan in der Tat die Zeit für gekommen erachten, sein letztes politisches Ziel zu verwirklichen: die

Vorherrschaft über Ostasien

und zwar nicht nur in südlicher, sondern auch in östlicher Richtung? Sollte es sich wirklich für stark genug halten, um zu gleicher Zeit den Kampf mit China und mit Russland aufzunehmen? Fast scheint es, als wollte Japan beides tun, denn es ist sonst nicht verständlich, daß Japan im Augenblick des Vorstoßes auf Peking ohne äußere Veranlassung die Frage der Ostchinesischen Bahn anschneidet. Das aber bedeutet nicht nur den Streit um den Besitz der Ostchinesischen Bahn, die durch den nördlichen Teil der Mandchurie führt, sondern auch den Streit um den Besitz des Ussuri gebiets, der russischen Meeresküste, die weit nach Süden vorstoßend, die Nordmandchurie vom Meer abschließt. Die Bedeutung der Ostchinesischen Bahn besteht für Russland vor allem darin, daß sie dieses wertvolle Küstengebiet mit Wladiwostok als Hafenstadt durch einen direkten Schienenstrang über Sibirien mit Russland verbindet. Wird nun dieser Verbindungsweg in der Nordmandchurie durchbrochen, so hängt das Ussuri gebiet ohne Zufuhr in der Luft. Die alte Umgehungsstraße längs der sibirischen Grenze ist bereits seit Jahren so gut wie außer Betrieb. Ihre Instandsetzung würde viel Zeit und Geld kosten und vor allem die Fahrtzeit sehr verlängern. Man ist sich daher in Moskau darüber im Klaren, daß der Verlust des Mittelpunktes an der Ostchinesischen Bahn über kurz oder lang den

Verlust des Ussuri gebiets

mit sich brächte. Dieses an sich wertvolle Gebiet in japanischen Händen würde es dieser Macht ermöglichen, das Japanische Meer zu einem Binnenmeer zu machen. Mit anderen Worten: die japanischen Inseln, die bisher mit Flugzeugen von Wladiwostok aus durchaus verwundbar waren, wären unangreifbar geworden. Während bisher Russland in Bezug auf Japans imperialistisches Vorgehen sehr konservativ war und nicht nur dem Entstehen des Mandchurischen Staates, sondern auch dem Vorstoß gegen Ch'na gelassen zufah, ist die Sowjetpresse jetzt nervös geworden. Der stellvertretende Außenminister Karachan, der als früherer Gesandter in China die fernasiatischen Dinge auf das Genauste kennt, hat dem japanischen Botschafter in Moskau eine Note überreicht, in der gegen die Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs zwischen Russland und dem Fernen Osten Verwahrung eingelegt, sowie über die Beschlagnahme russischer Transportgüter und die Gefangenziehung russischer Bürger Beschwerde geführt wird. Die Note bezeichnet die Lage im Fernen Osten als gefährlich und fragt die Japanische Regierung, ob diese ihre Friedenserklärungen vom Vorjahr aufrecht erhalte, oder ob sie ihre politische Ansicht geändert habe.

Mit der Verfestigung der Situation im Fernen Osten dürfte auch das

milde Urteil im Prozeß gegen die englischen Ingenieure zusammenhängen. Die meisten wurden freigesprochen oder ausgewiesen. Nur zwei wurden zu mehrjährigem Gefängnis verurteilt, während der Staatsanwalt die Todesstrafe beantragt hatte. Noch mehr: wie gemeldet, soll das Gericht selbst beantragt haben, die Strafe auf dem Wege der Begnadigung noch weiter herabzusetzen. Das deutet darauf hin, daß Moskau die Hände in Europa freibekommen will, um sich ganz auf den Fernen Osten konzentrieren zu können. Diese Ansicht erscheint um so berechtigter, als in der Anklagerede des Staatsanwalts die Hauptbeschuldigung der Anklageschrift, die englischen Ingenieure hätten im Dienste der englischen Geheimpolizei gestanden und Spionage betrieben — nicht mehr erwähnt wurde. Noch wenige Tage vorher hatte die „Prawda“ keinerlei Milde den Feinden des russischen Staates gegenüber für geboten erachtet, die nachgewiesenermaßen im Dienste der englischen Spionage gestanden hätten. Das Blatt verlangte:

„Mit dem heißen Eisen müssen die Schädlinge und Spione, die sich in dem staatlichen Apparat eingestellt hätten, ausgebrannt werden. Mit dem Schwert der proletarischen Diktatur, mit den schocklosen Repressalien muß jede Möglichkeit eines Eindringens der Klasseneinde in den Staatsapparat verhindert werden. Diese Klasseneinde sind zu vernichten!“

Und jetzt anstelle der verlangten Todesstrafe Freispruch oder wenige Jahre Gefängnis! Dieser Umschwung wird einzig verständlich, wenn große außenpolitische Erwägungen eingegriffen haben. Man wollte offensichtlich in Moskau durch ein mildes Urteil ein Zusammensehen Japans und Englands im Fernen Osten verhindern. Ob dies glückt, bleibt eine offene Frage. England hat den Abruch der Handelsbeziehungen zu Russland vorgenommen, da nicht der

volle Freispruch erfolgte. Es konnte dies umso ruhiger tun, als die russisch-englische Handelsbilanz zu Ungunsten des Inselreichs schwer passiv ist. Daher waren schon die Dominions auf der Ottawaer Konferenz für einen Abruch der Handelsbeziehungen zu Russland eingetreten. Russland hat mit scharfen wirtschaftlichen Sperrmaßnahmen geantwortet.

Vielleicht wird man bei den Wirtschaftsbesprechungen, die Roosevelt jetzt nicht nur mit Macdonald und Herriot aufnehmen will, Näheres über die Absichten Japans erfahren. Wie nämlich aus Tokio gemeldet wird,

beabsichtigt Japan in Washington das fernöstliche Problem aufzurollen

und zwar nicht so sehr in wirtschaftlicher, als vielmehr in politischer Beziehung. Ob sich freilich bei diesen Besprechungen eine endgültige Lösung finden lassen wird, ist zweifelhaft. Bwar ist außer Frankreich und England auch China dort vertreten; aber Russland fehlt. Ohne die Russen aber wird es schwer halten, eine definitive Lösung des fernöstlichen Problems zu erzielen. Je mehr Japan nach China eindringt, umso stärker werden die Interessen Russlands und Chinas angenähert, um so weniger wird China geneigt sein, ohne Russland zu verhandeln. Die jetzt erfolgte Freilassung von 66 chinesischen Offizieren aus der Gefangenenschaft, in die sie geraten waren, weil sie auf dem Rückzug vor dem Vormarsch der japanischen Truppen in der Nordmandchurie die Sowjetgrenze überschreiten mußten, beweist, daß Moskau damit eine großmütige Geste China gegenüber tun wollte. Diese chinesischen Offiziere reisen jetzt

über Europa nach China, um wieder in die chinesische Armee einzutreten zu können. Da Russland den Mandchurenstaat noch nicht anerkannte, braucht es sich nicht an die diplomatische Form zu halten. Es tat es bisher nur, um Konflikte mit Japan zu vermeiden. Diese Politik der Nachgiebigkeit hat Moskau jetzt wegen der Übergriffe der Japaner auf die Ostchinesische Bahn aufgegeben. Man kann mit Spannung erwarten, wie Japan auf diesen Schritt Russlands antworten wird. Dann wird vielleicht besser zu erkennen sein, was Japan in Ostasien im Schilde führt.

Zum Moskauer Urteil.

Die in Prag erscheinenden „Narodne Listy“ versetzen das Moskauer Urteil in dem Prozeß gegen die englischen Ingenieure mit einem umfangreichen Kommentar, in dem festgestellt wird, daß der Prozeß lediglich den Zweck gehabt habe, einen Druck auf England auszuüben. Das Blatt weist auf die Tatsache hin, daß binnen kurzem zwischen der Sowjetunion und England Wirtschaftsverhandlungen eingeleitet werden würden, da das gegenwärtig verpflichtende Abkommen am 17. April abgelaufen sei. Gebunden an die Beschlüsse der Konferenz in Ottawa, sei England gezwungen, die sowjetrussische Einfuhr bedeutend einzufränen. Gerade dieser Tatsache sei der feindliche Schritt der Sowjet gegenüber den Engländern zuzuschreiben. Moskau habe dieselbe Methode vor fünf Jahren angewandt, um Deutschland zu zwingen, den für Russland günstigen Wirtschaftsvertrag zu unterzeichnen.

Gang- und Flanglos.

Washington, 24. April. (Eigene Drahtmeldung) Herriot ist als Vertreter Frankreichs zur Washingtoner Konferenz in Amerika eingetroffen. Die Kriegsschuldenfrage wird trotz des Widerstandes Amerikas immer mehr zur Schlüsselfrage der Washingtoner Verhandlungen.

Wie aus Paris gemeldet wird, beschränkt sich die Pariser Morgenblätter am Montag auf die Wiedergabe der Berichte ihrer Temporker Sonderberichterstatter über das Eintreffen Herrrots in New York bzw. Washington. Man unterstreicht einstimmig, daß der Empfang hier wie dort äußerst einfach gewesen sei, und daß weder Musik noch eine Menschenmenge den ehemaligen französischen Ministerpräsidenten begrüßt hätten.

Die Blätter, die Herriot bisher als den „beliebtesten Franzosen in ganz Amerika“ feierten, weil er in den letzten Monaten so energisch für die französischen Schuldenzahlung eingetreten war, können sich einer gewissen Überraschung über den außergewöhnlich schlichten Empfang nicht erwehren. Pertinax schreibt im „Echo de Paris“, daß Herriot sang- und flanglos seinen Einzug in New York gehalten habe. Keine einzige Sirene habe geheult, außer der des Regierungsschiffes, der ihn an den Quai gebracht habe. Das „Journal“ schreibt, daß amerikanische Volk widmete den Washingtoner Besprechungen nur nebenästhetische Aufmerksamkeit, da alle Augen auf den Kampf zwischen Inflations-Anhängern und -Gegnern gerichtet seien.

Gemeinsame Abrüstungs-Eklärung Roosevelts und Macdonalds.

Washington, 24. April. (Eigene Drahtmeldung) Roosevelt und Macdonald gaben folgende gemeinsame Erklärung ab: Wir besprachen am Sonntag gründlich die Genfer Abrüstungsfragen. Sowohl der ameri-

kanische Präsident wie der englische Ministerpräsident fühlen, daß das Ergebnis der Besprechungen die Erfolgssäusserungen für die Konferenzen in Genf und in London beträchtlich gefördert hat. Präsident Roosevelt wird die Abrüstungsverhandlungen mit Herriot fortführen.

London, 24. April. (Eigene Drahtmeldung) Das bisherige Ergebnis der Macdonald-Roosevelt-Unterredung wird von dem Washingtoner Berichterstatter der „Times“ wie folgt zusammengefaßt:

1. Die von Roosevelt gegebene allgemeine Übersicht über die Lage hat bei der englischen Abordnung die Auffassung bestätigt, daß eine breite Grundlage für eine Vereinbarung im Grundsatz bestehe.

2. Innerhalb dieses Rahmens eines grundsätzlichen Einvernehmens liegen die Fragen der Zollberechtigungen — insbesondere in Beziehung zum Ottawaer Abkommen —, der Währungsstabilisierung und der Kriegsschulden.

3. Roosevelt habe anscheinend noch keine klare Währungspolitik.

4. Die Kriegsschuldenfrage sei noch nicht besprochen worden.

5. Die Abrüstung werde während der Besprechungen am Montag und Dienstag erneut eine große Rolle spielen.

6. Roosevelt und seine Berater seien überzeugt, daß ein baldiger Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz — etwa zwischen dem 10. und 20. Juni — notwendig sei.

7. Roosevelt und Macdonald haben beschlossen, daß die Sachverständigen — auf englischer Seite Sir Frederic Leith-Rock und auf amerikanischer Seite Overton — nach der Abreise Macdonalds in Washington verbleiben und ihre Arbeiten fortführen sollten.

„Daily Telegraph“ aufzugehen hat sich Macdonald damit stillschweigend einverstanden erklärt, daß die Schuldenfrage den Zoll- und Währungsfragen untergeordnet und die gesamte wirtschaftliche Lage als Ganzes erwogen wird, bevor Einzelheiten herausgegriffen werden.

Italienische Stahl als unpraktisch empfunden werde und Italien sich mit der Frage des Korridors zur Zeit nicht befassen wolle. Auch im Vatikan möchte man diese Frage augenblicklich nicht anschneiden, zumal die Sympathien des Papstes für Polen bekannt sind, da er lange Zeit Runtius in Warschau war.

Über die Bildung einer neuen katholischen Partei sei mit Herrn von Papen nicht ernstlich gesprochen worden. Da die Regierung Hitler nach dem Vorbild des Faschismus die Schaffung einer amtlichen politischen Partei anstrebe, wäre die Bildung einer neuen katholischen Partei sinnlos. Für den Fall, daß der Bier-Mächte-Pakt Mussolini nicht in Wirksamkeit treten und die Weltwirtschaftskonferenz nicht die erhofften Erleichterungen bringen werde, seien Deutschland gewisse Hoffnungen gemacht worden. In diesem Falle würde eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien, sowie den politischen Freunden des letzteren realisiert werden.

Ein großer Freund des neuen Polen.

Die französische radikalsoziale Zeitung „La République“ hatte in einem am 12. April erschienenen Leitartikel behauptet, daß der gegenwärtige Papst während der Zeit, in welcher er als Runtius in Warschau weilte, keine besonders großen Sympathien für die polnische Sache gehabt und nicht ungern den Vormarsch der sowjetrussischen Heere auf Warschau gesehen habe. Unter dem Vorsitz des Warschauer Kardinal Skonowski haben die polnischen Bischöfe eine Konferenz veranstaltet, welche sich mit diesem Aufsatz der

"La République" beschäigte und die Absenbung eines Telegramms an den Heiligen Vater beschloß, dessen Wortlaut im "Kurier Warsawski" veröffentlicht wird. In diesem Telegramm heißt es, daß die Bischöfe den Artikel verhindern, weil er eine unverschämte Entstellung der Wahrheit und eine unwürdige Beleidigung des ersten päpstlichen Nuntius auf polnischem Boden und jebigen Papstes darstelle, der in Wirklichkeit ein großer Freund des neuen Polens sei.

Antwort mit Kanonenfeuer.

In einem Leitartikel der "Gazeta Polska", des offiziösen Organs der Regierung und der Regierungspartei, meldet sich der frühere Finanzminister, Oberst Matuszewski, zum Wort, um den Standpunkt Polens zur Revisionsfrage darzulegen. Er geht von dem Grundsatz aus, den der frühere polnische Außenminister August Zaleski zu vertreten pflegte, nach welchem für Polen eine Revisionfrage überhaupt nicht bestehe, und daß sich keine Regierung Polens jemals in Verhandlungen darüber einlassen werde. Wer aber über die Revisionsfrage zu verhandeln beabsichtige, dem werde Polen, wer immer es auch sein mag, mit Kanonenfeuer antworten. Nur dann werde es sich zu einer Antwort verstehen und zwar aus allen Geschützen.

Oberst Matuszewski soll bekanntlich zum polnischen Gesandten in Rom auftreten sein!

Ausbruch in den baltischen Randstaaten.

Aus Riga wird uns geschrieben:

Eine der typischsten Erscheinungen im öffentlichen Leben der Randstaaten ist ihr Chauvinismus. Von diesem Standpunkte aus wird das Geschehen im eigenen Lande und in der großen Welt eingeschätzt. So war z. B. der Raub der Domkirchen in Reval und in Riga nur aus chauvinistischen Beweggründen erkläbar. Es spielt bei solcher Politik keine Rolle, ob das eigene Volk derartige chauvinistische Maßnahmen billigt oder nicht. So hat beispielsweise der lettische Bischof Irbe infolge der Enteignung der Domkirche in Riga sein Amt als Landesbischof niedergelegt und die Regierung für eine "Näubergesellschaft" erklärt.

Unter dem Volk gehen aber trotzdem große Veränderungen vor sich. Schon vor einiger Zeit meldeten die estnischen Zeitungen ganz aufgereggt, daß der Bund der estnischen Freiheitskämpfer — etwa 10 000 Mann — sich zu einer Zusammenarbeit mit den Deutschen entschlossen hätte. Wenn man die Stimmungen in den von demokratischen und marxistischen Ideen beeinflußten Regierungskreisen berücksichtigt, so sieht dieser Schritt einen Bruch mit der bisherigen offiziellen Politik des Landes voran. Über die Kämpfer haben sich zu dem bekannt, was sie für richtig gehalten haben, nämlich zum Wohl des Landes. Sie haben erkannt, daß die Deutschen an der Arbeit den gleichen Anteil zu fordern berechtigt sind, wie auch die anderen Volksschichten. Zu dieser Auffassung haben sie sich bekannt und aus dieser Auffassung haben sie die notwendigen Konsequenzen gezogen.

Wegen einer solchen Stellungnahme wurden über die Frontsoldaten wochenlang Kübel voll Dreck und Schmutz ausgegossen. Sie wurden in den Blättern niedergemacht, man drohte allerlei Repressalien an. Aber zu praktischen Schritten ist es nicht gekommen, da man vor den geschlossenen Reihen der Frontkämpfer doch Angst hatte. Jetzt begnügt man sich damit, nur hinterrücks zu schießen, — diese Methode ist in Estland stets besonders gepflegt worden. Ein offener Kampf vermeidet man, da man weiß, daß die faschistischen Ideen unter den Frontkämpfern immer mehr und mehr Boden gewonnen haben. Vor der Entschlossenheit des Bundes sind auch solche vereinzelten Ausfälle nach und nach verstummt.

Es ereignete sich aber folgender Vorfall. Vor einigen Tagen hielt der namhafte estnische Gelehrte Theologieprofessor an der Dorpaten Universität G. Tennmann auf Einladung der Vaterländischen Vereinigung in Pernau einen Vortrag, in dem er die Forderung aufstellte, die Randstaaten hätten nur zwischen Kommunismus und "Hitlerismus" zu wählen. Da sie zu schwach seien, um selbst große Machtmittel zu entwickeln, käme nur der Anschluß an diese oder jene Erscheinung in Frage. Ein europäischer Kulturmensch entscheide sich aber "selbstverständlich" für den Hitlerismus.

Wegen dieser Aufführungen sind die demokratischen und marxistischen Zeitungen des Landes beinahe zum Explodieren gebracht. Zu den sachlichen Gedankengängen des Professors schreibt z. B. die Dorpaten Zeitung "Politimes", die im Besitz des estnischen Parlamentspräsidenten Tönnisson ist, u. a. was folgt: "Der Hitlerismus in Deutschland bedient für unsere staatliche Selbständigkeit eine direkte Gefahr. Aus diesem Grunde sind die Gedanken, die Professor Tennmann vorgetragen hat, ein Staatsverbrechen. In diesen kommt eine Orientierung nach Deutschland hin zum Ausdruck! Das ist Vandalverrat. In diesem Sinne muß auch unsere Polizei Professor Tennmann verstehen."

Eine schlimmere Denunziation, als sie hier öffentlich vorgenommen wird, kann man sich kaum vorstellen. Solche Wutausbrüche sind aber damit zu erklären, daß der sogenannte "Hitlerismus" tatsächlich unter dem estnischen Landvolk Fortschritte macht und die heutigen Machthaber für ihre Prudenzen zittern.

Die Angstpsychose unter den führenden Schichten ist bereits so weit gestiegen, daß die Revaler Zeitung "Päewaleht" sogar deshalb gegen die deutsche Zeitung "Revaler Bote" eine drohende Haltung eingenommen hat, weil diese es gewagt hatte, die Deutschen in Polen in Schuß zu nehmen.

Die Haltung der lettischen Regierung in diesen Fragen ist eine andere. Obwohl auch in Riga die Deutschen verschiedentlich drangsaliert worden sind, hat die lettische Regierung jetzt jedoch erklären lassen, daß jede Boykott- und sonstige anti-deutsche Propaganda zu unterbleiben habe. Zwiderhandlungen werden bestraft. Lettland als selbständiger Staat habe keine Veranlassung, sich in innerdeutsche Angelegenheiten hineinzumischen.

Alle diese Vorgänge und Stellungnahmen deuten darauf hin, daß eine Gärung unter dem Volk ausgebrochen ist, die sich zu einem Entscheidungskampf zwischen den alten demokratischen Prinzipien und den neuen völkischen Ideen zuwenden dürfte.

Auf dem Wege zur Reichskirche.

Wichtige Beschlüsse des Kirchenrats der Altpreußischen Union.

Der am Freitag in Berlin zusammengetretene Kirchenrat der altpreußischen evangelischen Kirche hat eine Erklärung herausgegeben, in der es u. a. heißt:

Die deutschen evangelischen Kirchen wissen sich nach ihrer ureigenen Art dem deutschen Volk und Volkssturm verbunden und verpflichtet. Sie weisen deshalb den Vorwurf mangelnden Eintritts für vaterländische Notwendigkeiten, woher er auch komme, mit Entschiedenheit zurück. Die Kirche darf und wird sich unter keinen Umständen von der Verantwortung abdrängen lassen, die sie vor ihrem Gott und Herrn hat: Unserem deutschen Volk, Männern und Frauen den Dienst zu leisten, sie in allem irdischen Geschehen und Streben ohne Ansehen der Person unter Gottes Wort und Wahrheit zu stellen. Sie weiß, daß nur in tiefer Erfurcht vor Gott und seinem heiligen Willen die sittliche Gesundung unseres Volkes sich gründet.

Um organisatorischen Aufgaben der Gegenwart erscheint der Umbau des bestehenden Bundes der deutschen evangelischen Landeskirche mit dem Ziel einer straffen Zusammenfassung aller deutschen evangelischen Kräfte zu einemheitlichem Aufbauwillen unter Wahrung des geschichtlich gewordenen Bekennnisstandes von besonderer Dringlichkeit. Der Kirchenrat wird mit allem Nachdruck dafür eingetreten, daß der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß in kürzester Frist die Arbeit des engen Zusammenschlusses durchführt.

Für die altpreußische Kirche hat der Kirchenrat einen kleinen Kreis von bevollmächtigten Männern ernannt, die den Notwendigkeiten des Augenblicks, die sich aus einer stürmisch forschirenden Entwicklung ergeben, mit Nachdruck und Beweglichkeit gerecht zu werden vermögen, und der andererseits die bereits in Angriff genommene erforderliche Änderung der bestehenden Kirchenverfassung mit Befriedigung erledigt. Zu diesen Arbeiten wird der Bevollmächtigtenausschuß auch den kirchlichen Organen nicht angehörende Männer heranziehen. Es ist der Wille des Kirchenrates, daß in der Führung der Kirche und ihrer Verwaltung neben der Erfahrung des Alters die Tatkräft und das Vorwärtsstreben der Jüngeren mit zur Auswirkung kommt."

Berlin, 24. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes hat je einen führenden lutherischen und reformierten Theologen berufen, um unverzüglich eine Reform der Ver-

fassung des deutschen Protestantismus mit dem Ziel der Schaffung einer bündischen (?) deutsch-evangelischen Kirche einzuleiten.

Gleichschaltung in Mecklenburg-Schwerin.

Der mecklenburg-schwerinische Ministerpräsident Granzow hat am Sonnabend den hamburgischen Kirchenrechtler Bohm als Kommissar für die evangelische Landeskirche Mecklenburg-Schwerin eingesetzt. Dem Kommissar ist die gesetzgeberische Verwaltung und richterliche Gewalt der Landeskirche übertragen worden.

Der mecklenburgische Oberkirchenrat hat daraufhin am Sonnabend mittag an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichsinnenminister folgendes Telegramm gesandt:

Mecklenburg-Schwerinischer Ministerpräsident hat heute, 22. April, morgens 8 Uhr, Staatskommissar für die evangelisch-lutherische Kirche von Mecklenburg-Schwerin eingesetzt und angeordnet, daß der Staatskommissar seine Geschäfte im Oberkirchenrat sofort übernehme. Der Staatskommissar erklärte die Übernahme sämtlicher Funktionen des Oberkirchenrats und des Landesbischofs, mit Ausnahme der Seelsorge und der Wortverkündung. Er ersuchte Oberkirchenrat, die Geschäfte nach seinen Befehlen weiter zu führen. Er erklärte Propsteiyoden, die Landessynode und den Landessynodalausschuß als aufgelöst und einen vorläufigen Synodalausschuß für eingesetzt. Der Oberkirchenrat nahm dieses unter Vorbehalt zur Kenntnis.

Der Oberkirchenrat legt unter Berufung auf die Zusicherung des Herrn Reichskanzlers, die Rechte und Selbständigkeit der Kirchen achten zu wollen und unter Berufung auf den Artikel 137 der Reichsverfassung gegen die getroffenen Maßnahmen Verwahrung ein und bittet um Schutz.

Der Oberste Kirchenrat von Mecklenburg-Schwerin.

Nationale und religiöse Reformation.

In der reichsdeutschen Presse wird jetzt vielfach ein höchst zeitgemäßes Hitler-Wort zitiert. Es lautet:

Wer über den Umgang einer politischen Organisation zu einer religiösen Reformation kommen zu können glaubt, zeigt nur, daß ihm jeder Schimmer vom Werden religiöser Vorstellungen oder gar Glaubenslehren und deren kirchlichen Wirkungen abgeht.

Artikel II.

Es wird ihnen dafür das Ehrenbürgerecht des Freistaates Bayern verliehen.

Artikel III.

Dieses Gesetz ist öffentlich anzuschlagen.

Berlin, 24. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat in einer am Sonntag abgehaltenen Tagung die Aufrichterhaltung der Deutschen Volkspartei beschlossen.

Berlin, 24. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichspräsident hat eine Verordnung zum Schutz der Volksgesundheit erlassen. Reichskanzler Adolf Hitler hat in seiner Eigenschaft als Reichsstatthalter für Preußen durch zwei Erlassen seine Rechte bezüglich der Beamtenernennung und der Ausübung des Klagerights auf das preußische Staatsministerium übertragen.

Dr. Goebbels mußte an der Schweizer Grenze umkehren.

Wie die "Thurgauer Zeitung" berichtet, wollte Reichsminister Dr. Goebbels am Ostersamstag mit Familie und einem Freind eine Autofahrt um den Bodensee unternehmen. Da der Chauffeur und ein Mitfahrer nationalsozialistische Parteiformen trugen, wurde der Wagen am schweizerischen Zoll angehalten und den Herren erklärt, daß das Tragen ausländischer Parteiformen in der Schweiz verboten sei. Dr. Goebbels lehrte daraufhin wieder um.

Aus anderen Ländern.

Rücktrittsgesuch des litauischen Außenministers.

Das amtliche lettische Organ "Pehdeja Brihdi" (Nr. 87) veröffentlicht eine von seinem litauischen Korrespondenten erhaltenen Meldung, nach welcher in Kovno das Gerücht verbreitet sei, daß sich Minister Baumius entschlossen habe, sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Zu seinem Nachfolger soll der Direktor des politischen Departements im Innenministerium Losoraitis ernannt werden.

Kleine Rundschau.

Die Vorbereitungen zu den Davis-Cup-Spielen.

Wie aus Berlin berichtet wird, hat sich der Deutsche Tennisverband endlich entschlossen, den früheren Vertreter Deutschlands bei den Davis-Cup-Spielen, Daniel Preiss, seiner nichtarischen Abstammung wegen nicht mehr als Vertreter Deutschlands aufzustellen. Für die deutsche Mannschaft kommen in Betracht von Gramm, Dr. Desser, Frey, Heinrich, Harz, Jaencke, Schwenker, Tübben und Weigel.

Der deutsche Trainer Roman Majuch, der als Trainer für die polnische Davis-Tennismannschaft vorgesehen war, hat jetzt Warschau wissen lassen, daß er das Training nicht übernehmen werde. Sein nationales Gefühl verbietet ihm, eine gegnerische Mannschaft vorzubereiten. Die polnischen Tennisspieler Hebda und Toczyński werden sich in Paris einem Training unterziehen.

Ein riesiger Meteor geht nieder.

London, 24. April. (Eigene Drahtmeldung.) Heute nacht ging an der englischen Küste ein riesiger Meteor nieder, der große Erderschütterungen mit sich brachte. Die Bevölkerung der benachbarten Ortschaften wurde durch das erdbebenähnliche Getöse aus dem Schlaf geweckt. Es soll sich um einen so riesenhaften Meteor handeln, wie man ihn seit Menschengedenken nicht gesehen hat.

Deutsches Reich.

Bayrische Ehrenbürger.

Das Innenministerium des Freistaates Bayern hat auf Grund des vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel I.

Der Reichspräsident Generalsfeldmarschall v. Hindenburg, der Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Reichskanzler Adolf Hitler, der Statthalter des Reiches in Bayern, General Franz Ritter von Epp, der Stabschef der SA, der NSDAP, Hauptmann a. D. Staatssekretär Ernst Röhm haben sich um die nationale Erhebung in Deutschland und damit um Volk und Vaterland verdient gemacht.

Schmierküken an der Arbeit.

Bromberg, 24. April.

Die fortgesetzte Heze, die die hiesige polnische Presse betreibt, läßt die Gemüter nicht zur Ruhe kommen. Wenn wir, als das Blatt, das die Interessen unserer deutschen Mitbürger wahrscheinlich hat, diese Tatsache feststellen, und wenn wir nur eine kleine Auslese von den Blättern veröffentlichen, die die Boykottheze treibt, dann machen uns Blätter vom Schlag des „Dziennik Bydgoski“ den Vorwurf, uns läge etwas an der Beunruhigung der Zustände, wir wollten uns zu Märtyvern der deutschen Sache machen.

Wir haben seit jeher nur dafür gekämpft, daß man der deutschen Minderheit das Lebensrecht nicht schmälernt und ihr die Ausübung ihrer kulturellen und beruflichen Aufgaben ermöglicht. Wir haben in unserer Erklärung, die der „Dziennik Bydgoski“ in großer Aufmachung wiedergab und an die er die Hoffnung knüpfte, daß sie Erfolg haben möchte, unserer Meinung zu den Ereignissen der letzten Wochen Ausdruck gegeben. Trotzdem glaubt das Blatt nicht umhin zu können, immer wieder Verdächtigungen zu äußern, die uns vor den Behörden und der Allgemeinheit in ein schlechtes Licht sehen sollen. So schreibt das Blatt in seiner Sonntagsnummer u. a., wir hätten den Artikel des „J. K. C.“ über die „Wasserpolaken“ nur deshalb so ausführlich gebracht, um die „Berliner Pressestelle“ darauf aufmerksam zu machen! Wir geben von diesen niedrigen Anwürfen unserer Leserschaft Kenntnis und halten es unter unserer Würde, darauf zu antworten.

Dass diese Hetzpropaganda bei Leuten, die ihrer politischen Anschauung nicht anders als mit Teertöpfen und Schmierpinseln Ausdruck geben können, Eindruck macht, bewies der gestrige Sonntag. Das Dunkel der Nacht haben Elemente, die das Licht mit Recht zu scheuen haben, dazu benutzt, wieder eine ganze Reihe von Schaufenstern deutscher Geschäftsleute mit verschiedenen Schmierereien zu versehen. Da einzelne der Geschäftsläden ihre Privatwohnung nicht neben den Geschäften haben, hatten sie erst am späten Vormittag von der Schmierarbeit erfahren. Als die Kirchgänger die Straßen passierten, sahen sie, wie man damit beschäftigt war, den teerhaften Niederschlag verworrenen Hirne von den Fensterscheiben zu beseitigen. Wir glauben, daß dieses Bild für alle rechtlich denkenden Polen ein schämender Anblick gewesen sein muß. Auch die kräftige Aufschrift, die sich auf manchem Straßensplaster befand, und die wie folgt lautete: „Ein Schwein, wer bei einem Deutschen kauft!“ mag sehr zur Hebung der andächtigen Gefühle beigetragen haben.

Kampf — gut, politischer Kampf — auch gut, aber Niveau muß er haben. Dieser Boykottkampf aber, der bereits stark nach Konkurrenzkampf riecht, hat auch ein Niveau — nur wir Deutsche möchten uns gemeinsam mit unseren vernunftbegabten polnischen Mitbürgern etwas höher stellen!

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeordnet.

Bromberg, 24. April.

Trübes Wetter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet meist trübes Wetter mit leichten Schauern an.

Die Entwicklung der Bevölkerung Polens 1932.

Das Statistische Hauptamt berechnet den Zuwachs der Bevölkerung Polens im Jahre 1932 auf 444 961 Seelen und kommt damit für den 1. Januar 1933 zu einer Gesamt-Bevölkerungszahl Polens von 32,6 Millionen Seelen. Hieron entfielen auf die ehemals deutschen Gebietsteile Polens 4,6 Mill., auf die vier Ostprovinzen 5,7 Mill., auf Galizien 8,7 und auf die Wojewodschaften des einstigen Kongresspolens 18,7 Mill. Seelen. Der Bevölkerungszuwachs des Vorjahrs ist hinter demjenigen von 1931 um 26 000 Seelen zurückgeblieben, und zwar ist für diesen Rückgang fast ausschließlich die Abnahme der Zahl der Geburten verantwortlich, die von 968 000 auf 932 000 zurückgegangen sind. Die Zahl der Sterbefälle hat sich dagegen nur von 495 000 auf 487 000 verringert. Die Durchschnittsziffer der überschüssigen Geburten (nach Abzug der Sterbefälle), berechnet auf je 1000 Einwohner, ist im ganzen Lande von 14,7 auf 13,7 pro Mille zurückgegangen; diese Ziffer steigt in den Ostprovinzen auf 17,8, beträgt aber in Galizien nur noch 13,2 und in den übrigen Teilen des Landes nur noch 12,8.

Unter den verschiedenen Konfessionen weisen die Orthodoxen mit 32,9 Geburten und nur 14,7 Sterbefällen auf je 1000 Einwohner mit 18,2 pro Mille den größten Zuwachs auf. Ihnen folgen mit der noch etwas größeren Geburtenziffer von 33,5, aber der enorm hohen Sterbeziffer von 19,1 die griechischen Katholiken, bei denen der Zuwachs nur noch 14,4 pro Mille beträgt. Er ermäßigt sich bei den römischen Katholiken auf 14,2 pro Mille, da in dieser Gruppe die Geburtenziffer auf 29,7 bei einer Sterbeziffer von 15,5 zurückgeht. Der Zuwachs der jüdischen Konfessionssgruppe betrug nur 8,8 pro Mille; in ihr steht der niedrigsten Geburtenziffer von 18,5 auch die niedrigste Sterbeziffer von 10,2 gegenüber. In der evangelischen Konfession erreichte die Geburtenziffer 21, die Sterbeziffer aber 15,4, so daß hier der Zuwachs mit nur 5,8 pro Mille der relativ geringfügigste ist.

Der Saatenstand in Polen. Das Warschauer Hauptamt für Statistik berichtet über den Stand der Wintersaaten der ersten Märzhälften und stellt auf Grund der Berichte seiner Korrespondenten folgende Durchschnittszäle für ganz Polen fest:

	März 1933	März 1932
Weizen	3,4	2,8
Roggen	3,6	2,9
Gerste	3,3	2,8
Kaps	3,3	2,8
Klee	3,2	2,9

(5 bedeutet ausgezeichnet, 4 gut, 3 mittel, 2 untermittel, 1 schlecht.) Im Vergleich zum November v. J. hat sich der Saatenstand nur unwesentlich verschlechtert. Die Entwicklung der Wintersaaten ist als normal zu betrachten. Größere Schäden sind nicht eingetreten, da während der Frostperiode eine ausreichende Schneedecke vorhanden war.

Achtung, deutsche Eltern!

Aufnahme der Schulansänger in den Schulen mit deutscher Unterrichtssprache — ul. Bernardynska und Okole Grunwaldzka 41 — vom 25. bis 28. einschließlich in der Zeit von 9—18 Uhr. Mitzubringen sind das Geburtszeugnis und der Impfschein.

Die Rundreisekarten in Polen. Für das gesamte Gebiet der polnischen Staatsbahnen gibt es 15-tägige Rundreisekarten zum Preise von 150 Złoty 2. Klasse und 100 Złoty 3. Klasse. Außerdem gibt es für die einzelnen Eisenbahndirektionen sogenannte Direktionskarten. Die außerordentliche Preiswürdigkeit, besonders bei den 15-tägigen Rundreisekarten, geht z. B. daraus hervor, daß für eine reguläre Fahrkarte Danzig—Warschau—Wilna und zurück bereits 102 Złoty für die 3. Klasse und 153 Złoty für die 2. Klasse bezahlt werden müssen.

Deutsche Gäste erregten am Sonnabend in den Mittagsstunden allgemeines Aufsehen. Es waren drei große deutsche Lastkähne aus Hamburg, Königsberg und Elbing, die von dem deutschen Schleppdampfer „Hohenstaufen“ die Brahe entlang geschleppt wurden. Von der Brücke aus schaute eine große Menschenmenge dem Schauspiel zu. Die Lastkähne, die Bretter und Getreide geladen hatten und mit dem Transitzichen versehen waren, kamen aus Königsberg über Danzig nach Bromberg und setzten von hier aus ihre Weiterreise nach Deutschland fort. Große Schwierigkeiten bereitete den Kähnen das Vorrätskommen auf der Brahe in der Nähe der Mühlen. Dort befindet sich eine Ecke, die schon immer den Schiffsverkehr behindert und die bereits vor zwei Jahren beseitigt werden sollte.

Eile, mein Schifflein, auf flutenden See,
Eile, du weißt schon, wohin ...
Eher nicht schwindet mein Sehnen und Weh,
Bis ich am Ufer dort bin.

Feierlich tönet das Despergelaut;
Goldrot erglühen die höhn,
Eile mein Schifflein, wir haben noch weit,
Eile, die Stunden vergehn.

Sind wir gelandet, dann geb' ich dir Ruh',
Träume vor Anker dann sacht ...
Schifflein, und was ich dann weiter noch tu',
Schweigend vertrau es der Nacht! ...

Viktor von Scheffel.

o Budzyn, 24. April. Auch in unserem Städtchen wurden die deutschen Geschäfte von Schmierküken mit schmückigem Anstrich versehen.

Am letzten Sonntag veranstaltete der Ev. Gesangverein in Siebenschlößchen ein schönes Fest. Im Czarneckischen Saale hatten sich recht viele Freunde und Gönner eingefunden. Keiner Beifall wurde den Theaterspielern zuteil. Ein gemütlicher Tanz bildete den Abschluß des Festes.

□ Gniezno (Gniezno) 21. April. Der St. Adalbert Pferdemarkt erreichte mit dem heutigen Tage sein Ende. Während des dreitägigen Marktes war der Auftrieb von Pferden nur mäßig. Erstklassiges Pferdematerial für den Export besonders nach der Schweiz wurde mit 800—800 Zł. bezahlt, dagegen erzielte ein gutes Arbeitspferd höchstens 350—400 Złoty. Die Preise waren im allgemeinen sehr gedrückt. Auf dem heutigen Viehmarkt war ein großer Auftrieb zu verzeichnen. Erstklassige Milchkühe wurden mit 250—300 von Händlern bezahlt, dagegen erzielte mittleres Milchvieh nicht mehr als 150—180 Złoty. Obgleich die Nachfrage nach Jungvieh groß war, fehlte der Auftrieb hierin mehr oder weniger gänzlich. Der heutige Wochenmarkt war sehr stark besucht, doch fehlte es an Käufern. Das Pfund Butter wurde in den ersten Stunden des Marktes mit 1,50, später mit 1,20—1,30 bezahlt, die Mandel Eier wurde mit 0,70—0,90 angeboten. Auch auf dem Fischmarkt war der Umsatz bei mäßigen Preisen gering.

z Jawroclaw, 24. April. Vereitelter Einbruch siebtah. In Racice bei Kruszwica waren Diebe nachts in die Scheune der Frau Müller eingebrochen und hatten dort 7 Säcke Kunstdünger gestohlen, die sie auf das angrenzende Feld schleppen und dort liegen ließen, um sich ein Fuhrwerk zur Fortschaffung zu besorgen. Da der Knecht inzwischen erwacht war und den Diebstahl sofort bemerkte, fand er auch nach einigem Suchen den Dünger. Die Diebe sind daraufhin nicht mehr zurückgekehrt.

c Janowiz, 24. April. Der letzte Jahrmarkt war nur mittelmäßig besucht. Etwa 100 Pferde waren aufgetrieben, doch wurden nur minimale Umsätze abgeschlossen. Für gute Ackerpferde wurden 250—300 Złoty gefordert. Auf dem Viehmarkt kosteten Milchkühe 150—300 Złoty. Auf dem Schweinemarkt brachten Abschörkel 20—35 Złoty das Paar. Auf dem Krammarkt war eine Unmenge auswärtiger Händler mit Ware eingetroffen. Eine horde Geißel versuchte mit Gewalt die Stände jüdischer Händler zu stürmen. Der Polizei gelang es jedoch, Ordnung zu schaffen.

o Margonin, 24. April. Eine raffinierte Diebbande gräffte in hiesiger Umgegend. Gestern Nacht wurde bei dem Gutsbesitzer R. Laasch in Spynewo auf dem Speicher eingebrochen und 5—6 Zentner Getreide gestohlen. Ebenfalls wurden dabei dem Einwohner Reinke die Hühner gestohlen. In derselben Nacht wurden im Nachbarorte Siebenschlößchen dem Gutsvoigt sämtliche Bienen entwendet.

z Posen, 23. April. Am Freitag wurde auf dem Bahnhofe der 31jährige Felix Kożłowski aus Łódź beobachtet, als er eine Hand in die Tasche eines Reisenden verentte. Er wurde festgenommen und dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Cinem Stanislaw Górczyński aus der fr. Breitenstraße 19 wurde ein Motorrad im Werte von 2500 Złoty, das er vor einem Geschäft in der fr. Bismarckstraße unbedacht hatte stehen lassen, gestohlen. An derselben Stelle verschwanden in kurzer Zeit nach einander drei Motorräder, ein Beweis, wie fahrlässig die Leute oftmals noch mit ihren Sachen umgehen!

Bei einer wüsten Straßenprügelei erhielt der Arbeiter Leon Szafrańek von seinem Gegner, einem beurlaubten Infanteristen Ernst Surdyk, zwei wichtige Hiebe über den Kopf, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

In der Nacht zum Freitag erhielt das Tabakgeschäft von Johann Latour in der St. Martinstraße 41 einen unerwünschten Besuch von Einbrechern, die Tabakwaren, Tabakpfeifen, Lederwaren und Füllfederhalter im noch nicht ermittelten Werte stahlen. Andere Diebe stahlen den Bureauräumen in der Lippergasse 9 einen Wert ab, durchwühlten sämtliche Schränke und Schreibtische und verschwanden. Der Wert der von ihnen gestohlenen Gegenstände steht noch nicht fest.

P Wirsitz (Wyrzysk), 23. April. In Kunowo, Kreis Wirsitz, stürzte kürzlich auf dem Wirtschaftshof des früheren Herrschafts von Bethmann-Hollweg (jetzt Bank Kolny) ein ungefähr 50 Meter langer Viehstall in sich zusammen, wodurch nennenswerter Materialschaden entstanden ist.

Aus Kongresspolen und Galizien.

z Ciechocinek, 21. April. Traurige Ostern hatte der Kärtner Heinrich Bielke in Woluszewo. Mittwoch, als die Familie beim Mittagessen saß, entstand in der Scheune Feuer, das in einer knappen Stunde Bielke zu einem armen Menschen machte. Den Bemühungen der Feuerwehr den Brand auf seinen Herd zu befränken.

o Nieschawa, 22. April. Den Tod in der Weichsel fand der Fleischer Ernst Wendland-Nieschawa. Er ließ sich und eine Schlachtkuh am Karfreitag mit der Fähre über den Strom setzen. Unterwegs wurde das überladene Fahrzeug von einer heftigen Welle überrascht. Die hohen Wellen schlugen in den Kahn, der, trotz verzweifelter Arbeit, immer mehr sank. Che Hilfe kam, ging er ganz unter. Der Fährmann wurde gerettet. Wendland ertrank.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 24. April 1933.

Krakau — 2,84, Jawischow + 0,91, Warischau + 0,95, Plotz + 0,83, Thorn + 0,88, Gordon + 0,94, Culm + 0,87, Graudenz + 1,06, Kurzegrat + 1,22, Piekie + 0,48, Dirichau + 0,46, Einlage + 2,30, Schiewenhorst + 2,52.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Bruno Starke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. B. färmlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 94.

Behmütige Erinnerung!

Tief bewegt gedenken wir heute, als am einjährigen Todestage unserer lieben und für immer unvergänglichen Entschlafenen. Unausprechlich bleibt der Schmerz, der durch den Tod unserer lieben Tochter Frieda uns bereitet wurde.

Du starbst für uns zu früh.
Solch' gutes Herz vergibt man nie.

Familie Gak.

Dębowiec, den 24. April 1933.

Stellengesuch

Int., jung. Landwirt, evang., Lehrezeit, Prax. u. Theorie 7 J. Genaue Kenntnis des Hof- und Felddienstes, Buchföhrt, Deutsch u. Polnisch in Wort und Schrift, sucht sofort od. später Stellung als Beamter und Disp. Off. u. B. 1600 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Jn., geb. Landwirt mit 6-jähriger fremder Praxis sucht von sofort oder später

Stellung.

Gefl. Off. unt. B. 3669 a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Wirtschafts-Inspektor

23 J. alt, 6-jähr. Praxis u. abgeschlossene Fachschulbildung, energisch, zuverlässig, u. arbeitsfreudig, wünscht per bald oder später Stellungswechsel bei bescheid. Ansprüchen. Gefl. Zuschriften erbet. unter E. 3713 an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Eleve

Landwirtsohn, evgl., 18 Jahre, hat die voln. Landwirtsch.-Schule beendet, sucht Stellung auf Gut. Offerten an H. Erdmann, Zaslawian, pow. Chodzież (Poznan).

Süche Stellung als Wirtschafts-Eleve

von sofort oder später. Offerten unter E. 3729 a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Junger, verb., intellig.

Forstmann

d. Oberförst., z. St. stellungslos, sucht ab sofort od. später Stellung bei bel. Anpr. Ies es als

Vörster, Waldhüter od. Jäger. Gute Zeugn.

vorh. (Zugleich verb.

Zagdarrüde) 1 J. alt,

braun). Gefl. Off. erb. u. B. 3731 a. d. Geschäft. d. 3.

Raufmann

verb. d. poln. u. deutsch Sprache in Wort und Schrift mächtig aus d. Kolonialwaren-Distributionsbranche, sucht Stellung a. Expedient, Lagerverwalter, Insassen, Kontorist oder deral. Offert. erb. unt. B. 3695 a. d. Geschäft. d. 3.

Raufmännischer Büro-Angestellter

vertraut mit d. Rechts- wesen, deutsch u. poln. sprech, sucht von sofort

Anstellung. Off. unter E. 1742 an die Geschäft.

dieser Zeitung erbeten.

Müllermeister

ledig, mit sämtlich. ins

Fach schlagend, Arbeit.

u. Maschinen vertraut,

auch Sauggasmotor, la-

zeugn. vorhand., sucht

von sofort oder später.

Stube

die firm im Koch-Bad.,

Wäschereibehandl. u. allen

häusl. Arb. ein. Haush.

(2Perf.), spät. Poln. erford.

Off. m. Zeugnissabdr.

u. Lebensl. u. B. 1726 a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Heirat

für jeden eine

possende Partie

d. bekannten "Postep",

Sienkiewicza 31.

Kameraden

Kaufmann, 47 Jahre,

ev. sonnige Frohnatur,

Bern. 50 000 zt. sucht

passenden

Lebensländeraden

u. B. 1709 a. d. G. d. 3.

Geldmarkt

21. 40000

als erste Hypothek zur

Ablösung d. Bankenschild

von vollbeschäftigte

Fabrik der Nahrungs-

mittelbranche v. Selbst-

geber geucht. Offerten

unter E. 3721 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

20 000.— Dollar

zur Ablösung der Ban-

kschuld geg. Hypothekar.

Sicherheit zu sofort ge-

ucht. Off. u. B. 3722

a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Besseres Mädchen für alles, d. sochen

kann, beider Sprachen mächtig ist, zum 1. Mai

evtl. spät, geucht. Etw. Nähkennin. erwünscht.

Meldg. Ann.-Exp. Holzendorff, Pomorza 6. 1781

Evangelische

Hauslehrerin

mit Lehrerlaubn. u. Ja-

neuen Schuljahre

Stellung

an Herrn Bädermeister

Karp. Al. Storupsi 22

Eine saubere

Aufwärterin

wird gefwucht v. 8-2 Uhr.

Off. mit Lohnangaben

u. D. 1770 a. d. G. d. 3.

Stellengesuch

Int., jung. Landwirt, evang., Lehrezeit, Prax.

u. Theorie 7 J. Genaue

Kenntnis des Hof- und

Felddienstes, Buchföhrt,

Deutsch u. Polnisch in

Wort und Schrift, sucht

sofort od. später Stellung

als Beamter und Disp.

Off. u. B. 1600 a. d. Ge-

schäftsst. d. Zeitg. erb.

Haar - Anlauf

1724 Glaz. Gdańsk 17.

Jagdwagen

neu, Natur-Eiche, sehr

fein, verlaufft unter

Preis. Wacławski,

Tryszczyn, p. Bydgoszcz

Nähmaschine, gut er-

halt., verlaufft, gut auf-

gehalten. Anzahlung ca. 15000 G.

3631 Heinrich Penner, Neumünsterberg, Freistaat

Danzig, Telefon Schöneberg 27. Grundstück

und Hypotheken, Landwirtschaften, sowie

Geschäfts- und Gaßhäuser in allen Größen

biete ich an.

Geltener Gelegenheitslauf

im Norden Berlins mit nachweisbarer

Rentabilität

suche ich zu tauschen gleiche

Objekte in Polen, 3 Zimmer-Wohnung, evtl. al-

teingeschürt Geschäft in Berlin kann

übernommen werden. Branchen-

nisse nicht erforderlich).

Offeraten unter E. B. 3931 befördert Rudolf

Molle, Berlin, Potsdamerstrasse 33. 3676

2 Wohnhäuser

im Norden Berlins mit nachweisbarer

Rentabilität

suche ich zu tauschen gleiche

Objekte in Polen, 3 Zimmer-Wohnung, evtl. al-

teingeschürt Geschäft in Berlin kann

übernommen werden. Branchen-

nisse nicht erforderlich).

Offeraten unter E. B. 3931 befördert Rudolf

Molle, Berlin, Potsdamerstrasse 33. 3676

Sichere Existenz !!

2 Wassermühlen

mit Landbrotbäckerei

Raffee-garten

mit Vollkoncession und

44 Morgen Land, Nähe Stadt i. d. Lauft

70 000 Einw.) zu verkaufen. Anzahl. 25 000 M.

Offert. unt. 10938 an Ala Hasenstein & Vogler, Berlin W 35. 3728

Herrenfondseitungs-

Geschäft

in Frankfurt a. Oder, gute Existenz,

Edeladen und 1. Etage, 5 moderne Schau-

fenster, an schmiedischloßenen Kästen

zu verkaufen.

Eventl. tausche gegen Geschäft dort.

Nemerowsky, Frankfurt a. Oder.

Saattartossein Erdgold 1. Absatz

Schaböde zur Zucht

Merino-précoce

verkauft solange Vorrat

Dom. Bachmirowice, p. Włostowo.

Tel. Kruszwica 27.

Fichtenpflanzen

1-3 jähr. Sämlinge, 2-4 jähr. ver-

schult, Rotbuchen, amer. Roteichen,

Trauben- und Stieleichen, Alnien

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostrowite, pod Jablonowem (Pom.)

Bromberg, Dienstag den 25. April 1933.

Pommerellen.

24. April.

Graudenz (Grudziadz).

X Schwer zu Schaden kam am Sonnabend vormittag der Besitzer Koß aus Adamsdorf (Adamowo), Kreis Graudenz. Er war, zum Markt nach Graudenz gekommen, auf einem Hofe in der Unterthornerstraße (Toruńska) aufgefahren. Beim Heraufsteigen vom Wagen stolperte er auf dem gepflasterten Hofe und stürzte so unglücklich nieder, daß ein Knöchelbruch die Folge war. Der Verletzte wurde in eine hiesige ärztliche Klinik gebracht. *

t Wochenmarktbericht. Reichliches Angebot brachte der Sonnabend-Wochenmarkt. Butter ist wieder erheblich im Preise heruntergegangen, man kaufte diese für 1,40—1,50, dagegen waren Eier billig (0,80—0,90). Weißkäse kostete 0,10—0,40; Apfel 1,20, Apfelsinen 0,45—0,80, Zitronen Stück 0,10, Salat 0,10, Spinat 0,20—0,30, Radieschen 0,15, Rhabarber 0,35—0,40, Weißkohl 0,10, Rotkohl 0,20—0,25, Mohrrüben 0,15, Zwiebeln 0,15—0,20, rote Rüben 0,10, 1 Bdch. Grünzeug 0,10, Kartoffeln, deren Anfuhr gut war, Zentner 2,20—2,30, Pfund 0,08; Puten 8—10,00, Hühner 2,50—4,00, Tauben Paar 1,20, Gänse 5,50—6,00. Auf dem Fischmarkt gab es Forellen zu 1,50, Silberlachs 1,40—1,50, Schleie, Hechte 1,20, Barsche 0,60—0,80, Alalquappen 0,70—0,80, Blöcke 0,50—0,60. *

X Vorsicht vor Gelegenheitsdieben! Während Sonnabend vormittag ein Landwirt aus der Graudenser Umgegend von seinem vor einer hiesigen Mühle haltenden, mit Getreide beladenen Wagen einen der Säcke in die Mühle trug, schliefen sich in der Nähe auf Beute spähende Langfinger an das Gefährt heran, zogen einen rohrgesäumten Sack herab und verschwanden damit. Nach der Rückkehr zu seinem Wagen machte der Besitzer die unangenehme Entdeckung des inzwischen verübten Diebstahls. *

t Bestrafte Falschspieler. Vor dem Bürgergericht hatten sich am Freitag zwei der sich in letzter Zeit wieder häufiger bemerkbar machenden betrügerischen Glückspieler zu verantworten. Es waren dies Jan Poniatowski und Ignacy Różnowski. Sie haben laut Anklageschrift fürzlich einem Landwirt aus der Graudenser Umgegend im Dreiblattspiel eine Summe von 70 Złoty „abgewonnen“. Das Urteil lautete gegen die beiden Beschuldigten auf jeden Monat Arrest. *

X Erhebliches „Pech“ hatte ein Landwirt aus dem Kreise Löbau, der sich hier vorübergehend aufhielt. Er möchte die Bekanntheit einiger Personen, die ihn in eine in der Mickiewicza (Wohlmannstraße) befindliche Kellerrestaurierung einluden. Schließlich forderte man den neuen „Freund“ zu einem Dreiblatt-Spielchen auf. Wie immer, ließen die siebenmal gesiebten Gauner den Spielgenossen zunächst etwas gewinnen, um ihn dann um so empfindlicher zu rupfen. Es dauerte nicht lange, da mußte der Unbedachte zu seiner nicht geringen Erschütterung feststellen, daß er durch dies amüsante Feu gar um 270 Złoty ärmer geworden war. Die in solchen Fällen stets um Hilfe angerufene Polizei scheint ja auch diesmal bereits ihre Pappenheimer zu kennen. *

Thorn (Toruń).

Der Verband deutscher Katholiken,

Ortsgruppe Thorn, hielt im „Deutschen Heim“ seine Monatsversammlung ab, in der Franziskanerpater Odilo in einem zweistündigen Vortrag über die Entstehung, Entwicklung, Ausbreitung und Tätigkeit seines Ordens höchst interessante und wissenschaftliche Aufschlüsse gab. Pater Odilo ist für mehrere Jahre als Lehrer der deutschen Sprache an dem von Franziskanern gegründeten und geleiteten Gymnasium in Kobylin verpflichtet und ist, obgleich Reichsdeutscher, seine Tätigkeit auf Grund des zwischen Polen und dem heiligen Stuhl abgeschlossenen Konkordats aus. Während seiner Ferien leistet er als Seelsorger vielfach Aushilfe bei Missionen und Exerzitien, besonders an jenen Orten, wo es an Geistlichen mangelt, die die deutschen Katholiken in ihrer Muttersprache betreuen können. *

Der Vortragende gab zunächst ein kurzes Lebensbild des Ordensstifters, des heiligen Franziskus, der sich aus einem Kriegsmann bis zur völligen Entfaltung des irdischen Besitzes und freiwilliger Armut durchgerungen hat. Selbst arm, nahm er sich der Armen an, deren geistige und leibliche Not er nach Möglichkeit zu lindern strebte. Nach Franziskus Tode fehlte es seinen Anhängern an einer gemeinsamen Leitung. Dies hatte zur Folge, daß Spaltungen im Orden eintraten, die aber mehr äußerlicher Natur waren, so daß wir innerhalb des Franziskanerordens verschiedene Bezeichnungen haben: Spiritualen, Observanten, Konventionalen, Rekoleten und Kapuziner. Alle diese Richtungen sind aber einig in dem Hauptgrundsatze des Ordensstifters: seelsorgerische Tätigkeit, Belehrung und Bekhrung durch Predigt und Mission. Die Abweichungen der einzelnen Richtungen erstrecken sich mehr auf Äußerlichkeiten, auf die Ordenstracht und die Auslegung der Ordensregeln. Während die Spiritualen z. B. das Verbot des heiligen Franziskus, bei ihren Reisen das Pferd zu benutzen, noch heute wörtlich befolgen, passen sich andere Richtungen in der Auslegung und Befolgung der Ordensregeln den veränderten Zeitverhältnissen an. Der Redner gab alsdann eine Übersicht über die Ausbreitung des Ordens, der in Polen im Verhältnis zu anderen Ländern noch schwach vertreten ist, und schilderte zum Schluß den Werdegang des Franziskanerpaters. Die Zuhörer spendeten dem Vortragenden verdienten Beifall. *

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, den Vortragenden bald wieder in unserer Mitte begrüßen zu können. *

Die Henkersmahlzeit
des Raubmörders Mosakowski.

Zu der am Sonnabend auf dem hiesigen Gefängnishofe vollzogenen Hinrichtung des Briefträgermörders, über die wir in unserer letzten Ausgabe nur kurz berichten konnten, erfahren wir noch folgendes:

Sofort nach der Urteilsverkündung wurde der zum Tode Verurteilte nach seiner Zelle zurückgebracht, wo er sich auf das Bett niedersetzte und eine Zigarette nach der anderen rauchend, in tiefem Trübsinn verfiel. Später erhob er sich wieder, wanderte in der Zelle umher und summte die Melodien deutscher Soldatenlieder vor sich hin. Beim Einbruch der Dämmerung wandte er sich an den Aufseher mit der Frage, ob er ein Grammophon und einige Platten bekommen könnte, ein Wunsch, dem mit Rücksicht auf die Gefängnisordnung jedoch nicht entsprochen werden konnte. Das ihm zur gewohnten Stunde vorgefertigte Abendbrot lehnte er ab und erklärte, daß er auf ein reichlicheres Abendbrot wartete.

Die letzte Hoffnung des Mörders wurde durch das um 22.30 Uhr eingehende Telegramm des Justizministeriums, mit dem Inhalt: „Staatspräsident Gnadenbeschluß abgelehnt. Urteil vollstrecken“, zunichte gemacht. Staatsanwalt Sembruski sah den Verurteilten von dem Inhalt des Antworttelegramms in Kenntnis und kündigte die Vollstreckung des Urteils für den nächsten Morgen an. Nach seinen letzten Wünschen fragt, erwiederte Mosakowski: „Ich bitte meine Mutter und meine Frau in meinem Namen telegraphisch zu grüßen. Außerdem bitte ich, mir die den Alten beigelegte Hochzeitsphotographie in die Zelle zu schicken.“ Nach einem kurzen Schweigen bat der Todeskandidat noch um ein Abendbrot und überreichte dem Staatsanwalt einen diesbezüglichen Wunschzettel, auf dem folgende Wünsche verzeichnet waren: Beeststeak, 3 Flaschen Bier, 3 Flaschen Limonade, 1 Glas Tokaner, $\frac{1}{4}$ Pfund Schokolade, 5 Stückchen Torte mit Sahne, $\frac{1}{2}$ Pfund Apfelsinen, 40 Zigaretten „Dames“ und eine Zigarre. Der Staatsanwalt nahm das auf der Rückseite des Mosakowski am 10. März zugestellten Verhaftungsbefehls niedergeschriebene Verzeichnis in Empfang und veriprach, die aufgezählten Wünsche im Rahmen der Gefängnisordnung zu berücksichtigen. Nach weiteren Wünschen fragt, erklärte Mosakowski: „Nein, weiter nichts!“

Als der mit dem Warschauer Personenzug eingetroffene Scharfrichter Braun gegen 2 Uhr das Gerichtsgebäude betrat, war Mosakowski gerade mit der Einnahme seiner aus Beeststeak, Limonade, Zigaretten und einer Zigarre bestehenden Henkersmahlzeit beschäftigt.

Einige Zeit später, nachdem die Thorner Rathausuhr die vierte Stunde verkündet hatte, trat Staatsanwalt Sembruski in die Zelle in Begleitung des Gefängnisarztes Dr. Antoniewicz, um dem Mörder das Urteil noch einmal zu verlesen. Hierauf wurde Mosakowski, geleitet von dem Gefängnisgeistlichen, Pfarrer Goga, der ihm zuvor geistlichen Beistand geleistet hatte, auf den Richtplatz geführt. Alles Weitere war das Werk von wenigen Minuten. Nach Ablauf der vorgeschriebenen Zeit stellte der Gefängnisarzt den Tod am Galgen fest.

Als Thorns Einwohner aus dem Schlaf erwachten, hatte die an dem Geldbriefträger Adam Rybiński verübte abschauliche Bluttat bereits ihre Sühne gefunden. Von der erfolgten Vorrückung des Urteils wurde die Bürgerschaft durch rote Maueranschläge in Kenntnis gesetzt. *

Der Wasserstand der Weichsel ist nun unter die 1-Meter-Grenze zurückgegangen. Sonnabend früh betrug er 0,99 Meter über Normal. *

t Achtung, Militärsichtige! Alle Militärsichtigen, die sich zwischen dem 4. und dem 16. Mai d. J. der Aushebungskommission in Thorn vorstellen müssen, haben unbedingt ihr letztes Schulzeugnis und eine Bescheinigung über den von ihnen ausgestellten Beruf vorzulegen. Sollten sie die Papiere nicht bei sich haben, so werden sie garnicht zur Musterung zugelassen. *

***** Ein tödlicher Unfall ereignete sich am Sonnabend in Thorn. Der Gerichtsapplikant Staskiewicz unternahm mit seinem Kollegen Szarszewski eine Faltbootfahrt. In der Nähe der Eisenbahnbrücke schlug das Boot voll Wasser, so daß die Insassen sich gezwungen sahen, an das Ufer zu schwimmen. Während Szarszewski sich retten konnte, ertrank Staskiewicz. *

Der Hans- und Grundbesitzerverein Thorn hielt lebhaft seine Generalversammlung ab, zu der neben der Mehrzahl der Mitglieder auch der Verbandsvorsitzende, Ingenieur Schulz-Bromberg erschienen war. Nach den Berichten des Vorstandes, des Kassenträgers und der Kassenprüfer wurde dem Vorstande Entlastung erteilt. Dann erfolgte die Wahl des neuen Vorstandes, der in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt wurde (I. Vorsitzender: Kraut, II. Vorsitzender: Neh, Schriftführer: Wunsch, Kassenprüfer: Borkowski). Desgleichen wurden die bisherigen Beisitzer wiedergewählt und zwar die Herren Jakubowski und Finger für die Bromberger Vorstadt, Neumann und Frank für die Vorstadt Mocker, Stelzer für die Jakobsvorstadt, Röhr, Gehrmann und Frau Dombrowski für die Innenstadt. Fabrikbesitzer Stadtvorordneter Doehn hielt ein Referat über Verwaltungsgeschehnisse der Stadt, wobei er auch die „Thorner Sklareffäre“ Rudak streifte und hervorhob, daß die Stadt seinerzeit vier Millionen Ziegel angelauft habe, wofür die Firma „Rudak“ die Kaufsumme in Höhe von 92 Złoty pro 1000 Stück in Wechseln im Voraus erhielt. Leider seien aber bisher nicht alle Ziegel geliefert und die Gesellschaft befände sich jetzt im Konkurs. Dann ergriff der Syndikus des Vereins, Stadt. Rundt, das Wort zu längeren Ausführungen über den Stadtbauhauß, die wir wegen des allgemeinen Interesses in einer der folgenden Nummern ausführlicher bringen werden. *

t Aus dem Gerichtssaal. Der bereits vorbestrafe Alojzy Nalewski hatte sich vor dem Bezirksgericht wegen Diebstahls von Radioapparaten, Schreibmaschinen und Fahrgeräten in je einem Falle zu verantworten. Seine gewundenen Verteidigungsreden bemerkten ihn nicht davor, für ein Jahr Aufenthalt im Gefängnis nehmen zu müssen. — Der in Borkowshafte Damazy Bagrodski traf eines Tages die Brüder Kulas an, als sie von seiner Wiese aus im Schwarzwasser fischten. Er versuchte sie zu vertreiben, indem er ihnen zurrat, er werde eine Flinte holen und auf sie schießen. Die K's klammerten sich nicht darum und nur erschien B. tatsächlich mit einer Flinte, aus der er auf etwa 70 Schritt Entfernung einen „Schreckschuß“ abgab. Hierdurch wurde Stanislaw K. an Kopf und Beinen verwundet. Das Bezirksgericht in Konitz verurteilte den Schützen wegen Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis, was vom Appellationsgericht als Berufungsinstanz bestätigt wurde. Die Strafe ist durch die Amnestie jedoch ganz erlassen. — Im Mai 1931 kam es in Bryuk, Kreis Strasburg, während eines Vergnügens zu einer Schlägerei, deren Haupturheber namens Grabowski durch den Schuhmann Witkowski festgenommen wurde. Beim Abführen widersetzte sich der Arrestierte tatsächlich und nun machte der Beamte von seiner Seitenwaffe Gebrauch. Er erhielt eine Stichverletzung, an der er starb. Das Bezirksgericht verurteilte darauf den Schuhmann wegen Totschlags zu 6 Monaten Gefängnis. Dies Erkenntnis wurde vom Appellationsgericht bestätigt und die Strafe gleichfalls auf Grund der Amnestie erlassen. *

Bei Magen- und Darmbeschwerden, Gasunlust, Stuhlrägheit, Aufblähung, Sodbrennen, Aufstoßen, Benommenheit, Schmerz in der Stirn, Brechreiz bewirkt 1—2 Glas natürliches „Franz-Josef“-Bitterwasser gründliche Reinigung des Verdauungsweges. (1439)

lationsgericht als Berufungsinstanz bestätigt wurde. Die Strafe ist durch die Amnestie jedoch ganz erlassen. — Im Mai 1931 kam es in Bryuk, Kreis Strasburg, während eines Vergnügens zu einer Schlägerei, deren Haupturheber namens Grabowski durch den Schuhmann Witkowski festgenommen wurde. Beim Abführen widersetzte sich der Arrestierte tatsächlich und nun machte der Beamte von seiner Seitenwaffe Gebrauch. Er erhielt eine Stichverletzung, an der er starb. Das Bezirksgericht verurteilte darauf den Schuhmann wegen Totschlags zu 6 Monaten Gefängnis. Dies Erkenntnis wurde vom Appellationsgericht bestätigt und die Strafe gleichfalls auf Grund der Amnestie erlassen. *

v Über 200 000 Złoty unterschlagen. Der Unternehmensprozeß gegen den Gastwirt Willi Eisenberger aus Königl. Kiewo (Kiewo Królewskie), mit dem sich das Gericht in Culm mit dreimaliger Unterbrechung bereits beschäftigt hatte, konnte jetzt nach weiterer zweimaliger Verhandlung in Thorn beendet werden. Die Anklage wirft Eisenberger die in den Jahren 1925 bis 1931 verübten Unterschlagungen von 208 889 Złoty zum Schaden des Wilhelmsauer Darlehnskassenvereins, dessen Schatzmeister er war, sowie betrügerische Bühermanipulationen und Quittungsfälschungen vor. Nach durchgeföhrter Verhandlung hielt das Gericht die Schuld des Angeklagten für erwiesen und verurteilte ihn wegen Unterschlagung und Betruges zu drei Jahren Gefängnis, außerdem wegen Fälschung der Bücher und der Unterschriften, der Mitglieder zu $\frac{1}{2}$ Jahren Gefängnis. Beide Strafen wurden auf Grund des Gesetzes zu einer Gesamtstrafe von $\frac{3}{2}$ Jahren zusammengezogen unter gleichzeitiger Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. *

t Ein interessanter Finanzprozeß fand dieser Tage vor dem Bezirksgericht statt. Der in Briesen (Bąbrzno) wohnhafte Schuhmacher Valentyn Niżanowski war vom Finanzamt in eine Strafe von 90 Złoty genommen worden, und zwar wegen Nichtauskaufs eines Gewerbe-patents, obgleich er laut Feststellung des Finanzamtes seit 1927 eine eigene Werkstatt geführt und sieben Leute beschäftigt habe. Er erkannte die Strafe nicht an und forderte gerichtliche Entscheidung. Er bekannte sich nicht schuldig; eine eigene Werkstatt betreibt er erst seit 1931 und er beschäftigte auch nur einen Gehilfen. Das, was das Finanzamt festgestellt habe, betreffe nicht ihn, sondern seinen Sohn Andrzej, der sieben Leute beschäftigte, aber auch ein entsprechendes Patent ausgekauft habe. Staatsanwalt und Vertreter des Finanzamts überzeugten sich von der Richtigkeit dieser Angaben und so wurde der Angeklagte freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatsfaz. f. zur Last. *

Die Einbrecher, die kürzlich zwei Kioske des Invalidenverbandes mit ihrem Besuch „beehrt“ hatten, und zwar zwei Männer, wurden ermittelt und vorerst in Polizeihaft genommen. Eine andere Person wurde wegen eines kleinen Diebstahls festgenommen, nach erfolgter polizeilicher Vernehmung aber wieder entlassen. Ein vierter Dieb, der Garderobe und Wäsche gestohlen hat, wurde der Gerichtsbehörde zur Aburteilung übergeben. Außerdem wurden drei Personen wegen sittenpolizeilicher Verstöße arretiert. — Zur Anzeige bei der Polizei gelangten am Freitag ein Betrug, 10 Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, sowie eine Zuwidderhandlung gegen sanitätspolizeiliche Bestimmungen und ein Fall von nächtlicher Ruhestörung. — Als gefunden wurden im Fundbüro des Magistrats abgegeben ein Dienstbuch, eine Quittungskarte und ein Dienstzeugnis auf den Namen von Franciszek Idzik. *

v Kohlendieb zum Krüppel geschossen. In den späten Abendstunden des gestrigen Tages gab der Wächter des Kohlenmagazins auf dem Thorner Hauptbahnhof auf einen Kohlendieb, den 25jährigen Arbeiter Jan Zwierzchowski, wohnhaft in Podgorz bei Thorn, einen Schuß ab. B.

Graudenz.

Deutsche Bühne
Grudziadz E. B.
Sonntag, den 30. 4. 33
um 15 Uhr
im Gemeindehaus
für die
Mitglieder d. Deutschen
Bühne und Gemeinde-
haus-Verwaltung
Vereins- Vorstellung

**Frauen haben
das gern.**
Schwank-Operette in
3 Akten v. Franz Arnold
und Ernst Bach,
Musik v. Walter Rollo.
Gelangstexte von Riedamus.
Einheitlicher Preis auf
allen Plätzen zu 2,20
einfach. Steuer. Die
Mitglieder der Deut-
schen Bühne und der
Gemeindehaus- Ver-
waltung erhalten in
unserem Geschäftszimmer
eine kostenl. Ein-
trittskarte nach ihrer
Wahl; jede weitere
Karte zu 2,20.
Zu dieser leichten Auf-
führung des wirtungs-
vollen Stücks haben
auch Nichtmitglieder
Zutritt.
Wir bitten die Mit-
glieder, ihren Platz abzu-
nehmen, da die Plätze der
Reihe nach ausgegeben
werden. 3320 Mal Lubien.

**Wenn bis
nachmittags 3 Uhr
die Anzeigen-Austräge für die „Deutsche
Rundschau“ bei der Hauptvertriebsstelle
Arnold Kriedt, Mickiewicza 3
aufgegeben werden, können die
Anzeigen bereits in der am nächsten Tag
nachmittags 4 Uhr zur Ausgabe gelangenden
Nummer erscheinen.**

Die „Deutsche Rundschau“ ist die ver-
breitetste deutsche Zeitung in Polen. Sie
wird in allen deu'schen u. vielen polnisch.
Familien gelesen. Anzeigen und Re-
klamen jeder Art finden daher die größte
Verbreitung und verbürgen guten Erfolg.

Deutsche Rundschau in Polen.

Schneiderin
nächtlich schnell und billig
Mickiewicza Nr. 26.
im Hof, 1 Dr. 3712

**Brut-
Eier**
Ges. v. Bln.-Rds. 41 Jhr.
Spezial-Zucht, a 30 gr.
Grams, Grudziadz.
Fernruf 616. 275
Stachels. u. Johannissb.
Ein gut erhaltenes
Herrenfutter
für Schüler, dabei
Mittagstisch für 0,80
1,00 u. 1,20 zl. Bartel.
Slowackiego 79, II. 3320

Hote Pension
für Schüler, dabei
Mittagstisch für 0,80
1,00 u. 1,20 zl. Bartel.
Slowackiego 79, II. 3320

Thorn.

Täglich, ebtl. Mädchens
sucht Stell. i. gut Hause.
Herta Sodka, Storia,
pow. Toruń. 6347

Eg. ig. Mädchen
das gut plättet, sucht
Stellung f. Hausarbeit
vom 1. oder 15. 5. Ella
Bröse, Lazienna 20 m. 1

Gute Pension
für Schüler, dabei
Mittagstisch für 0,80
1,00 u. 1,20 zl. Bartel.
Slowackiego 79, II. 3320

brauch getroffen zusammen und wurde von der alarmierten Rettungsbereitschaft nach dem Stadtkrankenhaus gebracht. Die Ärzte stellten einen Durchschuß des Beines mit einem komplizierten Knochenbruch fest. Der Verleute wird für sein ganzes Leben Krüppel bleiben.

v. Fahrraddiebstahl. Jan Majewski aus Wrzesza hiesigen Kreises ließ leichtfertigerweise sein Fahrrad im Werte von 150 Zloty einem „Freunde“ aus und wartet bis heute vergeblich auf die Rückgabe seines Eigentums.

a Gdingen (Gdynia), 23. April. Selbstmord beging gestern im Hafen eine bisher unbekannte Person, die entkleidet von der Kaimauer ins Wasser sprang. Die Kleider des Lebensmüden wurden unweit des Tatortes sorgfältig zusammengelegt aufgefunden. Sämtliche Personalpapiere fehlten.

Ferner brach gestern aus bisher unbekannter Ursache im Magazin der Firma Bukowski in der Witominerstraße aus, wo aufgespeichertes Stroh in Brand geraten war. Das Feuer konnte bald gelöscht werden. Der entstandene Sachschaden ist nicht bedeutend.

Ein Einbruch wurde in die Wohnung des W. Kosiekowski verübt. Die Täter, die mittels Nachschlüssels ins Innere der Wohnung gelangten, stahlen Wäsche, Garderobe, eine Taschenuhr, zwei Mäntel und anderes im Gesamtwerte von 560 Zloty. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Zu einem schweren Autounfall kam es heute in der Danzigerstraße unweit des Elektrizitätswerkes, wo ein Personenauto aus bisher unbekannter Ursache gegen einen Baum fuhr und fast völlig vernichtet wurde. Der Inhaber des Wagens A. Schulz sowie der Chauffeur wurden erheblich verletzt. Der entstandene Sachschaden beträgt etwa 2000 Zl.

Schwer verunglückt ist im Hafen der Arbeiter Josef Kohnke, der durch eigene Unachtsamkeit von einem Krähn erfaßt und hierbei sehr schwer verletzt wurde.

tz Konitz (Chojnice), 22. April. Dreizehn Jahre lang ist es niemand aufgefallen, daß am Konitzer Rathaus noch ein großer Adler angebracht ist, der auf der Brust das Konitzer Stadtwappen trägt. Jetzt wird diese Tatsache wieder allen ins Bewußtsein gerufen, denn es ist ein Gerüst angebracht und darauf klettern fleißige Arbeiter herum, die diesem die Gemütsruhe raubenden Tier mit Hammer und Meißel zu Leibe gehen.

Der heutige Wochenmarkt war schlecht besucht und auch in den Geschäften waren nur wenig Käufer zu finden. Butter kostete 1,40—1,60, Eier 0,90—1,00. Ferkel brachten 28—35 Zloty.

h Löbau (Lubawa), 23. April. Der hiesigen Polizei ist es gelungen, am letzten Jahrmarkttage einen raffinierten Markt dieb ungeschickt zu machen. Es ist dies der 26 Jahre alte Wladyslaw Podlewski aus Glinken bei Lautenburg (Lidzbark). Er hatte es vorwiegend auf die Warenhändler abgesehen und stahl, was ihm unter die Hände kam. Die gestohlenen Waren schleppte er auf einen Wagen. Insgesamt hat er an dem einen Markttag etwa 80 Meter Stoffe in Stücken zu verschiedenen Längen gestohlen. Auch fertige Anzüge, Unterhosen, Wolle, kurzum alles nahm er an sich. Schließlich wurde man auf sein Treiben aufmerksam und ertappte ihn auf frischer Tat. Ein Teil der Geschädigten, die ihr Eigentum erkennen konnten, erhielten es zurück. Dennoch befindet sich eine Masse der gestohlenen Waren auf dem Polizeikommissariat und kann von den rechtmäßigen Eigentümern abgeholt werden. Außer diesem Spieldraht konnten noch drei Frauen wegen Marktdiebstahls, vier Personen wegen Vagabundage und drei Personen wegen Trunkenheit und Aufstörung angehalten werden.

P Landsburg (Wieckow), 23. April. Einem Beamten des Postamtes Landsburg wurde während der Amtsausführung in der Postagentur Babartowo ein wertvolles Fahrrad gestohlen. Dem Besitzer Lippke in Haltenau wurden Bienenstücke entwendet. Dem Güterbesitzer Wolf in Pempersin wurde eine geschlachtete Pute gestohlen; sie konnte dem Täter wieder abgenommen werden.

„Hitler-Vaterlandsbund“.

Nienstadt, 24. April. (Eigene Meldung.) Am 11. d. M. hielt in Linde (Linie) die Ortsgruppe des Landbundes, zu der auch der Geschäftsführer Bamberger aus Nienstadt erschienen war, in einem öffentlichen Lokal eine Sitzung ab. Am 20. teilte das polnische Lokalblatt „Echo Katzbibki“, das in Karthaus erscheint, seinen Lesern mit, daß der ehemalige deutsche Sejmabgeordnete Tatulinski in Linde eine Sitzung des Hitler-Vaterlandsbundes abgehalten hätte, zu der nicht nur die deutsche, sondern auch die polnische Bevölkerung herbeigeeilt sei! Bisher hätte Tatulinski seine Versammlungen bei privaten Vertrauensleuten organisiert, jetzt halte er diese sogar in öffentlichen Lokalen ab. Dies wäre eine trübende und beunruhigende Erscheinung, und das um so mehr, weil Polen zu dieser deutschen Agitation ihre Lokale hergäben. Natürlich stecke hier Judasgeld dahinter. Es wäre nun endlich Zeit, dieser verbrecherischen Tätigkeit des Tatulinski endgültig ein Ende zu bereiten. — Prompt setzte auch die Polizei mit der Untersuchung ein. Es finden Vernehmungen statt. Schade um die Arbeit und das Papier; denn es darf wohl gar nicht besonders hervorgehoben werden, daß diese Verdächtigungen des polnischen Blattes unglaublicher Unsitzen sind. Die Mitglieder des Landbundes haben in ihren Sitzungen gewiß andere Sorgen zu zerstreuen, als polnischen Blättern Stoff zur Heze zu liefern.

Bojkottbeschluß in Konitz.

Konitz, 23. April. (Eigene Meldung.) In der Aula des Polnischen Gymnasiums fand eine Protestversammlung gegen die angeblichen Polenverfolgungen in Deutschland statt. Es waren dazu die Vertreter der Behörden, Vereine und Ämter erschienen. Der Vorsitzende des Westmarkenverbandes, Direktor Korzeniewski, leitete die Versammlung und führte in seiner Ansprache aus, daß man hier der politischen Situation in Deutschland nicht mehr tatenlos zusehen könne. Professor Marszałek hielt dann ein längeres Referat über die politische Lage, an das sich eine erregte Diskussion anschloß. Direktor Korzeniewski führte aus, daß die deutsche Bevölkerung in Konitz siebzehn Prozent betrage, daß aber die Stadt den Eindruck mache, als ob sie zur Hälfte deutsch wäre. Man sähe viele deutsche Häuser aufrichten und höre in den Straßen und den Lokalen und den Ämtern sehr viel deutsch

sprechen. Auch wären noch immer in Magistrat und Starostat deutsche Arbeiter beschäftigt. Der Bürgermeister wies diese Behauptung energisch zurück.

Es wurde darauf ein Komitee von zwölf Personen gewählt, die als Vertreter sämtlicher Stände die Gegenaktion durchführen sollen (wogegen?). Als Richtschnur für diese Aktion wurde die in Posen gefaßte Erklärung angenommen, die hier schon erörtert worden ist und die die Boykottierung deutscher Waren, Filme, Zeitungen usw. verlangt.

Wir wollen im Interesse aller Handel- und Gewerbetreibenden in Konitz hoffen, daß dieser Boykott hier nicht zur Durchführung kommt. Es würden dadurch nicht nur die deutschen Kaufleute und Handwerker geschädigt werden, sondern eben so sehr und vielleicht noch mehr die polnischen. Denn soviel steht fest: Wenn unsere Mitbürger deutscher Nationalität systematisch boykottiert werden, dann steht automatisch ein allgemeiner Boykott polnischer Geschäfte ein, der sich gewiß nicht minder stark führlbar machen würde. Es ist zu bedauern, daß aufgehetzte oder fremde Personen es nicht zu einem harmonischen Zusammenleben beider Nationalitäten kommen lassen wollen.

Unkenntnis schützt nicht vor Schadenersatzpflicht

Thorn, 24. April. (Eigene Meldung.)

Einem hiesigen Bürger wurden während des tumults, der am Palmsonntag anlässlich der von dem „Legion Młodzieży“ veranstalteten deutsfeindlichen Demonstration stattfand, die Scheiben zweier Schaukästen eingeschlagen. Aus den Kästen wurden sodann von den Manifestanten die ausgestellten deutschen Bücher und Zeitungen gestohlen und unter Absingung der „Rota“ vor dem Gebäude des Deutschen Konsulats verbrannt. Auf den an den Magistrat gestellten Schadensersatzanspruch erhielt der Geschädigte vom Stadtpräsidenten ein Schreiben, das in deutscher Übersetzung wie folgt lautet:

„Toruń, den 19. April 1933. — III. 8440/33. Auf Grund des Schreibens vom 12. d. M., in dem die Firma einen Ersatz für angeblich erlittenen Schaden anmeldet, fordert der Magistrat auf, anzugeben, auf Grund welchen Titels die Firma ihre Forderung an die Stadt stellt, weil es am 9. d. M. einen Aufruhr in Thorn, wie dies die Firma behauptet, nicht gegeben hat. Deshalb ist genaue Angabe erforderlich, unter welchen Verhältnissen die Schaukästen angeblich zerstochen wurden und durch wen. Die Höhe des erlittenen Schadens (sie war in der Schadensersatzanspruchstellung enthalten). D. R. betr. der Bücher und Zeitschriften muß durch Vorlegung der Fakturen bewiesen werden, ferner sind die Erscheinungsdaten der Zeitschriften anzugeben. Erst nach Erhalt dieser Angaben wird der Magistrat Stellung nehmen.“

Ob der Stadtpräsident wirklich nichts vom Geschehen am Palmsonntag im Innern der Stadt weiß? Er wohnt zwar im Weißhof — aber der „Dziennik Pomorski“ dürfte auch dort gelesen werden und dieses Blatt ausführlich über diese Vorfälle berichtet haben.

Polen und die Danziger Antwort.

Wie wir bereits mitteilten, hatte der polnische diplomatische Vertreter in Danzig, Dr. Papée, an den Hohen Völkerbundkommissar ein Schreiben gerichtet, in welchem Beschwerde darüber erhoben wurde, daß die polizeilichen Organe der Freien Stadt gegenüber den sich in der letzten Zeit zusehends verschlechternden Sicherheitsverhältnissen in Danzig ohnmächtig seien. In dem Antwortschreiben des Danziger Senats an den Hohen Kommissar des Völkerbundes war die Behauptung des polnischen diplomatischen Vertreters als vollständig unbegründet und gegenstandslos bezeichnet worden.

Mit dieser Antwort gab sich der polnische Generalkommissar Dr. Papée nicht zufrieden. Er richtete einer Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur zufolge, an den Völkerbundkommissar eine neue Denkschrift, in der behauptet wird, daß die in der ersten polnischen Note in dieser Sache angeführten tatsächlichen Vorfälle von Ausschreitungen gegen polnische Staatsbürger in Danzig durch die Antwortnote des Danziger Senats nur eine Bestätigung erfahren hätten. Von einer Gegenstandslosigkeit der polnischen Vorstellungen könne somit keine Rede sein. Die Antwortnote des Danziger Senats auf die polnische Beschwerde trage nur zur Verdunklung, nicht aber zur Klärung der ganzen Angelegenheit bei.

Vor den Danziger Wahlen.

Nationalsozialisten und Jungdeutsche.

Zwischen den Danziger Führern der NSDAP, Dr. Rauchschning (dem Vorsitzenden des Danziger Landbundes), sowie dem Gauleiter und bisherigen Volksabgeordneten Greiser einerseits und dem Jungdeutschen Orden, Balley Danzig, Komtur Wien, Schönhorst, andererseits ist folgende Vereinbarung bezüglich der am 28. Mai stattfindenden Volkstagsneuwahlen abgeschlossen worden:

1. Die Jungdeutsche Bewegung im Freistaat Danzig stellt für die kommende Volkstagswahl eine eigene Liste auf.

2. Zwischen der NSDAP und dem Jungdeutschen ist eine Verbindung vereinbart.

3. Die Abgeordneten der Jungdeutschen Bewegung schließen sich nach erfolgter Wahl der NSDAP als Hörspatenten an.

4. Zwischen den Mitgliedern beider Organisationen besteht angesichts der gemeinsamen Kampffront „für wahre Volksgemeinschaft gegen Marxismus und Reaktion“ vollkommener Burgfrieden.

Das Wojewodschafts-Komitee für den Arbeitslosen-Unterstützungsfonds in Posen teilt mit, daß am 1. und 3. April d. J. dieziehung der Wandschlösser für die Arbeitslosenhilfe stattgefunden hat. Die Ziehungsliste liegt in den Kommissariaten und bei den Polizeiposten der Staatspolizei in der Zeit von 8—18 Uhr jeden Tag zur Einsicht aus. Die Gewinne können gegen Rückgabe des Zuges in dem Gebäude der Wojewodschaftskommandantur, Reserve der Staatspolizei in Posen, ul. Łąkowa 3—5, vom 22. April bis 15. Mai d. J. in den Stunden von 9—13 und von 15.30—18 Uhr, mit Ausnahme der Sonne und Feiertage, in Empfang genommen werden. Gewinne der Sonne und Feiertage, in Empfang genommen, gehen in den Besitz des Wojewodschafts-Komitees für die Arbeitslosenhilfe über.

Die Ausfuhr polnischer Elektroerzeugnisse nach Sowjetrussland.

Vor kurzem fand beim Verband der polnischen elektrotechnischen Unternehmungen in Warschau unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern der elektrotechnischen Industrie des ganzen Landes eine Sitzung statt, welche der Frage des Exports von Artikeln der polnischen Elektroindustrie nach Sowjetrussland gewidmet war.

Den Vorsitz führte der Präsident des Verbandes, Ing. Okniński, der in längerer Rede den gegenwärtigen Stand der elektrotechnischen Industrie Polens, ihren Ausbau in allen Zweigen und Spezialitäten, sowie in bezug auf ihre Exportfähigkeit schilderte und dabei betonte, daß zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit mit den hoch entwickelten Elektroindustrien Westeuropas eine Verbilligung der Rohmaterialien, ferner die Einführung von Exportprämiens, sowie die Senfung der Transportkosten auf den Eisenbahnen unabdingt notwendig sei.

Anschließend ließ sich der Vertreter der polnisch-russischen Handelsgesellschaft Polros, Prof. Kasperowicz, in längeren Ausführungen über den Gesamtbedarf an elektrotechnischen Materialien in allen Zweigen der russischen Industrie aus.

Prof. Kasperowicz hob hervor, daß wenn nur ein kleiner Teil des notwendigen russischen Imports Polen zufiele, sich daraus schon erhebliche Vorteile für die Entwicklung der polnischen elektrotechnischen Industrie ergeben würden. Weiter führte er aus, daß man nicht vergessen dürfe, daß polnische Waren am russischen Markt vor allem auf die deutsche und weiterhin auf die amerikanische, schweizerische, finnändische und schwedische Konkurrenz stießen. Trotz des scharfen Wettbewerbs am russischen Markt bestieß die polnische Elektroindustrie jedoch unter den gegenwärtigen Verhältnissen große Chancen für die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse. Der Redner wies auf die große Bedeutung eines persönlichen Kontaktes mit den Vertretern der russischen Trusts für den Ausbau der Handelsbeziehungen hin und erwähnte, daß Anfang Mai zahlreiche Vertreter dieser Trusts Polen einen Besuch machen wollten.

Auch die finanzielle Seite der polnischen Expansionsbestrebungen nach Sowjetrussland kam zur Sprache. Dabei zeigte es sich, daß in dieser Hinsicht gewisse Schwierigkeiten zu erwarten sind, die jedoch bei einer Zusammenfassung der Bemühungen des polnischen Handelsministeriums, der staatlichen Landeskreditbank, der Handelskammern und der Wirtschaftsverbände für überwindbar gehalten werden.

Es wurde der Besluß gefasst, durch eine Umfrage bei allen polnischen Elektrofabriken festzustellen, welche Rohmaterialien bei der Herstellung von elektrotechnischen Exportprodukten verwendet werden und inwieweit deren Preise einer Revision unterzogen werden könnten, um dadurch eine Verbilligung des Exportproduktes herbeizuführen.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementabrechnung beigelegt werden. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzu bringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

L. L. 32. Sie brauchen vom 1. April d. J. ab nur 6 Prozent Zinsen zu zahlen. Ihre Schuld fällt unter das letzte Gesetz über die Zinsbindung, da sie vor dem 1. Juli 1932 entstanden ist.

Gr. Tarpen Nr. 10. 1. Die Höhe der sog. Ausgleichsteuer ist nicht in jedem Falle die gleiche. Es handelt sich bei dieser Steuer darum, daß Personen, die von verschiedenen Arbeitgebern befördert werden, den Unterschied zwischen den Steuern, die ihnen von den Arbeitgebern abgezogen werden, und dem Steuerbetrag, der herauszahlt, wenn alle Entlohnungen zur Grundlage für den Steuerabzug genommen würden, nachzahlen müssen. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß von einheitlichen Verträgen nicht die Rede sein kann. 2. Wir stellen Ihnen anheim, uns das Kündigungsschreiben zur Einsicht einzuführen. Ohne Kenntnis des Inhalts ist eine Auskunft nicht möglich.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 26. April.

Königsberg-Hansen.

06.35—08.00: Von Berlin: Konzert. 10.10: Schulfunk: Große Männer deutscher Geschichte: Scharnhorst. Ein Hörspiel von Hans Krämer. 12.00 ca.: Schallplatten. Heinrich Schütz singt. 14.00: Von Berlin: Konzert. 14.45: Kinderstunde. 15.45: Otto zur Linde. Zum 60. Geburtstag. 16.00: Dr. Albers: Deutsche Schrift. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.10: Zeitdienst. 17.30: Agimund Reimich: Neulandgewinnung für die arbeitslosen Saargänger. 18.00: Das Gedicht. 18.05: Lebende Tonieger. Werke von Georg Bollerth. 18.35: Viertelstunde Funktechnik. 18.50: Wetter. Anschl.: Kurzbericht des Drahthofen Dienstes. 19.00: Stunde der Nation. Von Berlin: Das Fest der Handwerker. 20.20: Von Hamburg: Varieté für Orchester. 21.30: Wilhelm Nagel, M. d. R.: Der Siegeszug der deutschen Arbeit. 21.50: Aphorismen von Niehle über Arbeit und Arbeiter. 22.10: Nachrichten, Sport. 22.45: Wettermeldung. 23.00—24.00: Von Königsberg: Nachtmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Von Berlin: Konzert. 11.30 ca.: Von Leipzig: Konzert. 18.05 ca.: Volksstimmen-Musik (Schallplatten). 14.05: Schöne Stimmen (Schallplatten). 16.15: Das Buch des Tages. 16.30: Lieder von Fritz Lubrich. Gräfin Rosina, Sopran. 18.10: Von: Bach (Schallplatten). 19.00: Stunde der Nation. Von Berlin: Das Fest der Handwerker. 20.20: Tanz-Abend. 21.35: Arno Hols zum 70. Geburtstag. 22.20: Wetter, Nachrichten. Anschl. bis 24.00: Nachtkonzert.

Leipzig.

06.35—08.15: Schallplatten. 09.05: Schulfunkstunde. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Elternstunde. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 19.00: Stunde der Nation. Von Berlin: Das Fest der Handwerker. 20.20: Tanz-Abend. 21.35: Arno Hols zum 70. Geburtstag. 22.20: Wetter, Nachrichten. Anschl. bis 24.00: Solistenkonzert.

Warschau.

12.10—13.20: Schallplatten. 16.00: Schallplatten. 18.25: Tanzmusik. 20.00: Zigeunermusik. Chor. Big: Siemionow und die Sängerin Kaminska. 21.10: Kammermusik. Das Polnische Quartett. Irene Babiska, Erste Violinistin; Tadeusz Bauman, Zweite Violinistin; Bratsche; Frau Adamka, Cello. 22.15: Schallplatten. 23.00: Tanzmusik.

Warten Sie nicht länger

Sondern bestellen Sie noch heute die „Deutsche Rundschau“. Dadurch haben Sie die Gewähr, daß Ihnen die Zeitung pünktlich vom 1. Mai ab zugestellt wird. Bezugspreise am Kopfe der Zeitung vermerkt.

Hitler sprach mit François-Poncet.

Worin unserem Warschauer Berichterstatter.) Wie aus Paris gedreht wird, gibt der bekannte rechtsgerichtete politische Schriftsteller Bernus im "Journal des Débats" Kenntnis von den Gerüchten, welche im Anschluß an den 48ständigen Pariser Aufenthalt des französischen Botschafters in Berlin François Poncet aufgetaucht sind. François Poncet hatte nämlich ein Gespräch mit dem Reichskanzler Hitler, woraus er sich schleunigst nach Paris begab, um über dieses Gespräch Bericht zu erstatten. Laut den vom Pariser Rechisblatte wiedergegebenen Gerüchten hat Reichskanzler Hitler im Gespräch mit dem französischen Botschafter seine Bereitwilligkeit erklärt, sich mit Frankreich in allen Fragen unter der einzigen Bedingung zu verständigen, daß nämlich Deutschland durch Frankreich nicht daran gehindert werde, seine Streitigkeiten mit Polen unmittelbar zu regeln.

Bernus zweifelt zwar nicht daran, daß Daladier dem französischen Botschafter in Berlin die Instruktion ertheilt habe, sich in keine Gespräche über dieses Thema einzulassen, er befürchtet aber, daß der deutsche Reichskanzler die Annahme von Gesprächen in dieser Frage auf Umwegen versuchen werde. Der Politiker des "Journal des Débats" richtet daher an die Französische Regierung die Aufforderung, daß sie dieser Aktion durch eine schneidige Fühlungnahme mit Polen und der kleinen Entente zuvorkomme.

Die angeblichen Größenungen von Bernus können nur auf diejenigen Eindruck machen, denen die Spezialität dieses politischen Schriftstellers unbekannt ist. Diese Spezialität beruht nämlich darauf, Gefahren zu wittern, welche Frankreich und dessen Bundesgenossen angeblich drohen. In Frankreich spielt die überreifige "Wachsamkeit" von Bernus eine ziemlich bedeckende Rolle, denn die offizielle Politik verfügt über ganz andere Mittel und Möglichkeiten, sich Kunde von wirklichen Gefahren rechtzeitig zu verschaffen, als sie einem noch so feinfühligen Publizisten zur Verfügung stehen. Die Wachsamkeit der Überreiften verlegt sich daher meist auf die Konstruktion künstlicher Gründe zu Befürchtungen und auf das Ausmalen erfundener Lücken und Intrigen; ein Getue, das einen viel größeren Eindruck in den Ländern der französischen Bundesgenossen, als in Paris hervorruft. Bernus ist die in Polen und in den Ländern der kleinen Entente meist zitierte "französische Pressestimme", weil in ihr die Saite am stärksten anklängt, welche dem bundesgenössischen Bedürfnisse nach — Missionen am meisten ausagt. Bernus stachelt — auf seinem Steckenpferd reitend — die Bundesgenossen Frankreichs immerfort mit dem Zutufe an: Gebt acht! Gebt acht! Es geht etwas vor, was schlimm für euch enden kann. In den verbündeten Ländern aber ist eine bestimmte Presse eigens darauf eingereicht, derlei Zutufe auszugeben und dann mit großem Halloh auf die Nerven des Publikums loszuhammern. Diesmal heißt es: Hört, hört! Der deutsche Kanzler hat mit dem französischen Botschafter gesprochen! Unglaublich! Kann man sich etwas Unheilverheißenderes denken? Wovon konnte die Rede gewesen sei? Wovon? Einleuchtend! Doch nur von der Teilung Polens. Hitler hat Frankreich die Teilung Polens vorgeschlagen! Nicht mehr, und nicht weniger! Und François Poncet war darüber so entzückt, daß er sofort nach Paris geeilt ist. Und von Paris ist er gleich wieder nach Berlin zurückgekehrt. Jawohl! Und was weiter? Weiter weiß man nichts, nur dies, daß Bernus sehr aufgeregzt ist. Worüber? Darüber, daß Hitler mit dem Franzosen gesprochen und daß der Franzose dann gleich hin und her gereist sei, und daß es sich dabei doch um nichts anderes gehandelt haben könnte, als um die Teilung Polens...

So wurzelt sich eine Wahnsinn fest! (Und es gibt dann bedauernswerte Menschen, die unter den Auswirkungen solchen Wahnsinns unschuldig leiden müssen...)

"Die Revolution geht weiter."

Eine Rede Kubas.

Auf einer Hitler-Geburtstagsfeier der nationalsozialistischen Fraktion des Preußischen Landtags hielt der Fraktionsführer und Oberpräsident Kubo eine Rede, in der er die Wirtschaft in Preußen und das Verhalten "Otto des Ausreiters" geißelte und sagte: "Hitler ist in allen Dingen des deutschen Lebens der Winkelstahl, der der Freiheit eine Gasse bahnt. Wir als seine Gefolgsmänner haben sein Beispiel zu folgen und das Neue aufzubauen. Mancher, der heute zu uns kommt, glaubt, daß ein sehr bequemes Leben für sich gewinnen zu können. Wer aber unseren Kampf nicht mitgemacht hat, der kann gar nicht begreifen, daß wir Revolutionäre bleiben und die Formen zerbrechen werden, die das alte Leben schützen und darum das Neue erstickt müssen. (Beifall.) Nur der revolutionäre Kämpfer kann auch der revolutionäre Gestalter sein, und nur wer an der Front des Kampfes stand, kann auch an der Front der Neugestaltung stehen. Wir würden unser Volk, vor allem das junge Deutschland, um das Beste betrügen, wenn wir uns dem Formalismus einer von uns zerschlagenen Welt hingen wölkten. Das dürfen wir nie und nimmer. Jede Bewegung und jede geschichtliche Epoche gestaltet sich ihre Form selbst. Mag mancher auch das immer weitere Vorwärts tragen der nationalsozialistischen Revolution nicht verstehen — diese Revolution ist noch nicht zu Ende, sie geht weiter (stürmischer Beifall) so lange, bis der wilde Strom sich aus eigener Kraft, und nicht aus dem Nachgeben der anderen das neue Bett gegraben hat."

Baupläne in München.

München, 22. April. (Eigene Meldung.) Über die vom Reichskanzler Adolf Hitler vorgelegten Monumental-Baupläne für die bayerische Landeshauptstadt bringt der "Völkische Beobachter" nähere Einzelheiten. Es handelt sich zunächst um die Herstellung eines monumentalen Parteihauses der NSDAP, das an der Briener Straße im Anschluß an das Braune Haus beginnen und in der Gabelsberger Straße enden soll. Der Ankauf verschiedener Häuser in diesem Viertel dient dem gleichen Zweck. Vorliegende Entwürfe zeigen, daß der Monumentalbau den Königsplatz nach der Ostseite abschließt. Auch der Monumental-Neubau eines Kunstsammlungsgebäudes am Rande des Englischen Gartens an der Prinz Regenten-Straße, für den bereits erhebliche Geldmittel zur Verfügung stehen, gehört zu diesem Plan. Von weiteren Bauplänen des Kanzlers für München nennt man noch ein großes Museum für Theater-Kunst mit dem Grundstück der Klara-Biegler-Stiftung, einen Monumentalbau für Zeitgeschichte und ein Staatsgebäude für den Reichsstatthalter.

Frühlingsfest der Schwertweihe.

Die Bundesführung des Stahlhelm hat in einem Befehl zum Ausdruck gebracht, daß der Stahlhelm den Gedanken begrüße, den 1. Mai aus einem marxistischen Partei-Feiertag zu einem Volksfeiertag der nationalen Arbeit auszubauen. Der Stahlhelm werde sich entsprechend seiner Eigenart an diesen Feiern beteiligen. Der Stahlhelm wolle in der Feier des 1. Mai das alte an manchen deutschen Orten noch gefeierte germanische Frühlingsfest der Schwertweihe wieder auseinander lassen. Alle jungen Männer im Bund, die im laufenden Jahre das 17. Lebensjahr vollendet und damit nach Auffassung des Stahlhelm zur Waffenträgerberechtigung berechtigt werden, sollen an diesem Tage feierlich das Schwertrecht erhalten. Es soll bei dieser Gelegenheit die Schicksalsverbundenheit zwischen deutschen Arbeitern und Soldaten zum Ausdruck kommen.

Vollständige Umbildung der altpreußischen Logen

Die drei altpreußischen Großlogen, nämlich die große National-Mutterloge zu den drei Weltkugeln, die große Landesloge der Freimaurer von Deutschland und die Großloge von Preußen zur Freundschaft haben sich — wie wir bereits früher kurz gemeldet haben — vollkommen umgebildet. Diese drei Großlogen nahmen insofern schon immer eine Ausnahmestellung ein, als sie auf dem Grundsatz des christlichen Bekennisses ihrer Mitglieder aufgebaut waren. Die Meldung, die drei altpreußischen Logen hätten sich aufgelöst, ist irreführend, da eine vereinsgesetzliche, formelle Auflösung nicht beschlossen wurde, sondern nur Form und Inhalt eine grundlegende Änderung erfuhr.

Die große National-Mutterloge zu den drei Weltkugeln führt in Zukunft den Namen "Nationaler christlicher Orden Friedrich der Große". Sie hat von ihrer Umbildung in einem Schreiben dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister Dr. Goebbels und der nationalsozialistischen Parteileitung in München Kenntnis gegeben. In dem Briefe heißt es:

"Wir haben die große National-Mutterloge zu den drei Weltkugeln, gegründet von Friedrich dem Großen 1740, umgewandelt in den nationalen christlichen Orden Friedrich der Große. Nach einem vollständigen inneren Umbau, zu dem nötig war: 1. die völlige Lösung der etwa noch vorhandenen Verbindungen mit freimaurerischen Verbänden, 2. die Forderung der Deutschstämigkeit der Mitglieder, 3. der Fortfall der Verschwiegensein über das Bemoniell und 4. das Verschwinden des Wortes Freimaurer und Loge, hat sich der Orden auf eine vollständig neue Grundlage gestellt.

Der neue Aufbau der beiden anderen Großlogen wurde nach den gleichen Prinzipien vorgenommen. Die große Landesloge der Freimaurer von Deutschland heißt in Zukunft "Deutsch-christlicher Orden der Tempelherren". Die Große Loge von Preußen zur Freundschaft wird ihren neuen Namen erst am Sonnabend wählen."

Görings rechte Hand.

Nach der Übernahme des Amtes des preußischen Ministerpräsidenten durch Reichsminister Göring ist der bisherige persönliche Referent Görings, Hauptmann a. D. Körner, zum Staatssekretär im preußischen Staatsministerium ernannt worden.

Der bisherige Staatssekretär Landsberg ist in das Finanzministerium versetzt. Oberregierungsrat Sommerfeld hat die Leitung der Pressestelle des preußischen Staatsministeriums erhalten. Sein Vorgänger von Boese übernahm ein Referat im Bureau des Vizekanzlers von Papen.

Ferner wird der bisherige Staatssekretär im preußischen Finanzministerium Schlesener auf seinen Antrag in den einstweiligen Ruhestand versetzt. An seine Stelle tritt Staatssekretär Landsberg, der bereits früher als Ministerialdirektor dem Finanzministerium angehörte.

Knebel-Doeberitz verhaftet.

Wie die reichsdeutsche Presse meldet, ist der bekannte Verbandsdirektor der Pommerschen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Stettin von Knebel-Doeberitz verhaftet worden. Das Amtsgericht hat gegen ihn Haftbefehl erlassen, weil der Verdacht besteht, daß er sich bzw. solche Unternehmungen, an denen er persönlich interessiert ist, in strafbarer Weise von der Pommernbank in Stettin Kredite verschafft habe.

Die Ursache der Verhaftung des Verbandsdirektors von Knebel-Doeberitz hat in den Berliner politischen Kreisen starkes Aufsehen hervorgerufen, um so mehr, als der jetzt Verhaftete noch vor wenigen Monaten vielfach als Nachfolger für den damaligen Reichsnährungsminister Freiherrn von Braun genannt wurde. Im allgemeinen erblieb man in dem jetzigen Vorgehen gegen Herrn von Knebel-Doeberitz eine konsequente Fortführung der grundsätzlichen Umorganisation innerhalb der landwirtschaftlichen Organisationen selbst.

Schlange-Schöning protestiert.

Nach einer Meldung der "Voß. Zeitg." aus Stettin hat Minister a. D. Schlange-Schöning auf die Mitteilung der Telegraphenunion, daß Reichsminister Neuhaus beauftragt worden sei, die Umschulung seines Gutes Schöning zu prüfen, folgendes Telegramm an den Ministerialdirektor Reichardt in Berlin, Ostpreußen, und die Telegraphenunion zur Kenntnisnahme gesandt:

"Wie ich soeben erst aus der Presse erfahren, beschäftigt sich Reichsminister Neuhaus angeblich auch mit dem sogenannten Fall Schöning. Ich bitte Herrn Reichsminister Neuhaus, dessen Adresse mir unbekannt ist, meinen dringenden Wunsch nach sofortiger Vernehmung zu übermitteln. Ich stehe jederzeit zur Verfügung. Die Erfüllung dieses Wunsches darf ich bestimmt erwarten in der festen Überzeugung, daß Herr Neuhaus die schon durch diese Pressenotiz begonnene Diffamierung eines Mannes nicht dulden wird, der sich nicht der geringsten Schuldbewußt ist und in seiner Amtszeit ratslos für die Siedlung seines Berufsstandes gearbeitet hat. Ich darf einen Bescheid hierher erbitte."

Auf dieses Telegramm hat Reichsminister a. D. Neuhaus an Herrn Schlange-Schöning folgendermaßen geantwortet:

"Auf Ihre in der Presse veröffentlichte Aufforderung hin bitte ich Sie, mich in den nächsten Tagen zwecks münd-

licher Aussprache aufzusuchen. Ich sehe Ihrem Besuch mit Interesse entgegen. Die Veröffentlichung Ihres Falles ist von mir nicht veranlaßt worden."

Die "Kölnische Zeitung" stellt zu den Beschuldigungen gegen den früheren Reichsminister Dr. h. c. Schlange-Schöning folgendes fest:

"Die Entschuldung des Gutes Schöning ist weder unmittelbar noch mittelbar durch die Organe der Osthilfe, insbesondere nicht durch die Industriebank vorgenommen oder auch nur bearbeitet worden. Vor allem soll es sich um ein Darlehensgeschäft der Rentenbank-Kreditanstalt handeln, das jedoch vor der Berufung Schlanges in das Kabinett Brüning (6. November 1931) eingeleitet worden ist. Die Industriebank hat von den durch die Rentenbank-Kreditanstalt finanzierten Entschuldungsfällen nur diejenigen geprüft, die außerhalb der für die Osthilfe gegebenen Richtlinien aus besonderen, vornehmlich nationalpolitischen Gründen durchgeführt wurden. Die Entschuldung des Gutes Schöning steht also mit der auf gesetzlicher Grundlage vorgenommenen Entschuldungsaktion in keinerlei Verbindung."

Grenel-Fabriken.

Zerstörlte Juden.

Vor dem Sondergericht beim Landgericht I in Berlin gelangte wieder ein Fall von Verbreitung von Greuelnachrichten zur Verhandlung, und zwar hatte sich der 35 Jahre alte Provisionsvertreter Isaac Oliner, ein polnischer Staatsangehöriger, wegen Vergehens gegen § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung zu verantworten. Der Angeklagte hat in einem Konfektionsgeschäft in der Linienstraße zu einem pensionierten Eisenbahner gesagt: "Lieber Herr, wenn Sie möchten, wie vielen von uns Juden die Augen ausgestochen und Finger abgeknickt wurden und wie viele zerstückelt auf den Kirchhöfen begraben liegen." Der Zeuge habe ihm dann gelagt, daß so etwas überhaupt unmöglich sei, worauf der Angeklagte antwortete: "Durch die Hitler-Regierung ist schon viel Blut geflossen, wenn Sie für jeden eine Mark hätten, wären Sie ein reicher Mann." Der Vertreter der Anklage betonte in seinem Plädoyer, daß die Plünderungen des Angeklagten die übelsten seien, die man vor dem Sondergericht abzuurteilen gehabt habe. Staatsanwaltshofrat Domrowski beantragte die Höchststrafe von zwei Jahren Gefängnis. Das Sondergericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Rehn verurteilte den O. zu einer Gefängnisstrafe von einem halb Jahren.

Kommunisten am Werk.

Eine Sonderabteilung der Berliner politischen Polizei unternahm während der Osterfeiertage in einigen Straßen in Schöneberg und am Kreuzberg, im Süden Berlins, überraschende Durchsuchung von Wohnungen kommunistischer Funktionäre, wobei es gelang, eine Nachrichtenstelle für Greuelpropaganda anzuheben.

Die politische Polizei im Polizeipräsidium hatte schon seit langer Zeit davon Kenntnis erhalten, daß die aussländische Presse von geheimen Nachrichtenstellen der KPD mit Material für die Greuelhebe gegen Deutschland versorgt wurde. Ausführliche Berichte zusammen mit Photographien über angebliche Misshandlungen von Kommunisten und Juden wurden seit Wochen von diesen kommunistischen Nachrichtenstellen verschickt.

Da die politische Polizei erfahren hatte, daß sich das eine dieser geheimen Greuelpropaganda-Büros im Süden Berlins befand, entschloß man sich, schnell einzutreten. Im Verlaufe der Aktion wurden wichtige Bünde gemacht. In geheimen Verstecken der kommunistischen Funktionäre wurde eine große Anzahl Photographien und hochverräterischer Schriften gefunden, die von den Leitern dieser Nachrichtenstelle ausländern zur Veröffentlichung übergeben wurden. Man entdeckte außerdem blutige Kleidungsstücke, die die kommunistischen Funktionäre als die Kleidungsstücke der von der SA und der Polizei wegen politischer Vergehen festgenommenen und angeblich misshandelten Personen vorzuzeigen pflegten.

Das gesamte vorgefundene Material wurde von der Polizei beschlagnahmt, auf Lastautos verladen und nach dem Horst-Wessel-Haus gebracht, wo es überprüft wird. Die festgenommenen kommunistischen Funktionäre werden zur Aburteilung dem Sondergericht vorgeführt.

Ein polnischer Staatsangehöriger jüdischen Stammes, Hermann Beer, wurde wegen der Verbreitung von Greuelnachrichten zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Aus dem gleichen Grunde wurde die Hausiererin Anna Schimulin, eine russische Staatsangehörige, ebenfalls zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Geschäft mit Fahrkarten.

In einem Berliner Reisebüro Unter den Linden wurde ein 30 Jahre alter Samuel R., ein polnischer Staatsangehöriger jüdischen Glaubens, festgenommen. R. hatte dort eine Fahrkarte nach Polen zum Verkauf angeboten. Es konnte in letzter Zeit festgestellt werden, daß urplötzlich eine erhebliche Anzahl polnischer und anderer ausländischer Leute aus dem Ghetto Berlins Deutschland freiwillig verlassen wollten. Die Leute gingen zu den jüdischen Wohlfahrtsämtern und erhielten dort auch Fahrkarten, die auf der Rückseite mit dem Stempel "Unverkäuflich" versehen waren. Die Karten gaben die Amtser gratis aus. Mit diesen Billets wurde jetzt ein schwunghafter Handel seitens der Besitzer getrieben, die gar nicht daran dachten, aus Berlin zu gehen. Die Stempel wurden ausgeradiert oder ausgewaschen und die Karten in Reisebüros verkauft. Die Büros wandten sich schließlich an die jüdischen Wohlfahrtsämter, weil es ihnen auffiel, daß plötzlich so viele Karten ausgegeben wurden. Jetzt stellte sich der Betrug heraus. Es ergab sich dabei sogar auch, daß einige Juden wiederholte auf den Untern erschienen waren und erklärten hatten, daß man ihnen unglücklicherweise die Karten gestohlen hätte. In Wirklichkeit hatten die Leute damit Geschäfte gemacht. Ein solcher Schieber wurde nun in der Person des Samuel R. abgefischt und vor den Schnellrichter gebracht.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Dollar an der Börse.

Die Gegensätze zwischen Inflationssanhängern und Gegnern im amerikanischen Kongress und die gegenwärtigen Besprechungen zwischen Roosevelt und dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald finden an den Montag-Börsen die lebhafte Beachtung. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die heutigen Börsen, besonders Berlin, wesentlich freundlicher erscheinen, als am Sonnabend. Schon am Sonnabend hat befannlich eine Kurssteigerung für den Dollar eingesetzt, die sich in Warschau für Kabel New York und Bar auf etwa 20–21 Punkte belief. Die freundliche Haltung der Berliner Börse am heutigen Montag wird in Börsenkreisen vielfach darauf zurückgeführt, daß man ein wirkliches Absehen Amerikas vom Goldstandard nicht ernstlich glaubt. Die wider sprechenden Gerüchte über die kommerziellen Währungsmaßnahmen Amerikas werden dahin erläutert, daß bei den gegenwärtigen Verhandlungen in Washington an England ein Druck zur Rückkehr Englands zum Goldstandard ausgeübt werden soll. In den letzten Tagen sind von europäischer Seite, insbesondere von europäischen Banken, viele Verpflichtungen gegenüber amerikanischen Gläubigern gedeckt worden. Die Kurssteigerung des Dollars am Sonnabend wird in Börsenkreisen auf dieses Moment zurückgeführt.

Herabsetzung des Dollar-Goldgehalts.

Im Einvernehmen mit Roosevelt hat Senator Robinson einen Zusatzantrag zu der Gesetzesvorlage über die Hilfemaßnahmen zugunsten der USA-Landwirtschaft eingereicht. Dieser Zusatzantrag wird, wie Senator Robinson in einer Pressekonferenz ausführte, erstens die Bundesbanken ermächtigen, die kurzfristigen Schranken zu erweitern, für die zurzeit ein aufnahmefähiger Markt nicht vorhanden sei, künftig zu erwerben, und zwar bis zur Höhe von nominell 3 Milliarden Dollar. Die betreffenden Aufstände sollen durch Ausgabe der bekannten ungedeckten Reserveknoten getätigkt werden.

Der Zusatzantrag enthält ferner eine

Ermächtigung für Präsident Roosevelt, den Goldgehalt des USA-Dollars entweder selbstständig oder im Einvernehmen mit fremden Regierungen um bis zu 50 Prozent herabzusetzen.

Senator Robinson wies im Laufe seiner Ausführungen u. a. darauf hin, daß man natürlich nicht beabsichtige, den Goldgehalt des Dollars bis zu der erwähnten 50-Prozent-Grenze zu vermindern; die erwähnte Bestimmung solle vielmehr lediglich dem Präsidenten

eine Waffe für die kommenden Wirtschaftsverhandlungen mit England

an die Hand geben. Durch den Robinson-Antrag erhält Roosevelt drittens die Vollmacht, Zahlungen auf Kriegsschulden und andere Verpflichtungen ausländischer Regierungen im Gesamtbetrag von 100 Millionen Dollar in Silber anzunehmen. Die Beratung des Robinsonischen Zusatzantrages im Parlament wird voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen. Änderungen wesentlicher Bestimmungen erscheinen nicht ausgeschlossen.

Reichsbank und Dollar-Entwertung.

Über die Beurteilung der Währungsereignisse in den Vereinigten Staaten von Amerika erfährt das WTB von zuständigem deutscher Stelle folgendes:

Mangels Vorliegen genauerer Nachrichten über die Vorgänge in den Vereinigten Staaten ist es zurzeit nicht möglich, sich von den Absichten, die die amerikanische Regierung in ihrer Währungspolitik verfolgt, ein genaues Bild zu machen. Man wird annehmen müssen, daß es sich bei den jetzigen amerikanischen Maßnahmen nicht um eine von internationalen Handels- oder Kapitalbewegungen erzwungene, sondern zu bestimmten Zwecken gewollte Aktion handelt. Die Rückwirkungen, die diese Ereignisse auf Deutschland haben können, sind doppelter Natur.

1. Wenn eine dauernde Abwertung des Dollars mit diesen Maßnahmen bezweckt sein sollte, so greift damit das von England eingeleitete volatilishe Export-Dumping zum Nachteil der deutschen Exportindustrie und damit der deutschen Zahlungsfähigkeit weiter um sich.

2. Eine andere Wirkung dagegen würde für Deutschland einen relativen Vorteil bringen. Da Deutschland sehr stark in Dollar verschuldet ist, so würde es seine Schulden durch Aufbringung eines geringeren Wertes abtragen können. Hieran dürften auch etwaige Goldklauseln in den Schuldverträgen nichts ändern, da ein Rechtsstandpunkt sich schwer vertreten läßt, der einem Land zugestehen sollte, den Goldwert seiner Verpflichtungen durch gesetzgeberische Akt herabzusehen, gleichzeitig aber den Goldwert seiner Forderungen aufrecht zu erhalten.

Wir Deutschland deshalb einerseits über seine Exportfähigkeit wachsen müssen, so kann das amerikanische Vorgehen andererseits doch nicht etwa zu einer ähnlichen Währungspolitik in Deutschland Veranlassung geben. Vielmehr wird der Leitstern der deutschen Währungspolitik der Grundzähler bleiben müssen, den der Reichsbankpräsident in der letzten Generalversammlung der Reichsbank ausgesprochen hat: „Unsere Sparen sollen wissen, daß die Reichsbank als unerschütterliche Wacht auf dem Posten ist, wenn es gilt, dem schaffenden und sparenden deutschen Volk das Geschaffene und Ersparte zu erhalten.“

Die polnisch-russischen Eisenverhandlungen. Der Abschluß der Verträge über Lieferung von 30 000 Tonnen polnischer Walzprodukte nach Russland wird im Laufe der nächsten Woche erwartet. Die bisherigen Verhandlungen wurden zuletzt in Moskau geführt und zwar vom Direktor der Bismarckhütte Scherff und dem Generalbevollmächtigten der Rautomotiv A.G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb sowie der Ferrum A.G. Brugiewicz. Von russischer Seite sind für die nächste Zeit auch weitere Eisenaufträge an polnische Werke in Aussicht gestellt.

Gerstenproduzenten fordern weitere Export erleichterungen. Im Gegensatz zu den übrigen Hauptgetreidearten gehört Gerste zu denjenigen Agrarprodukten Polens, die unabhängig von dem Ausfall der jeweiligen Ernten Exportprodukt in größerem Umfang sind. Von polnischer interessanter Seite wird darauf hingewiesen, daß beispielsweise Roggen gegenwärtig zum Futtergetreide herabgesunken ist, da die Preise sich ungefähr auf dem Niveau der Maispreise halten, vielfach aber sogar unter diesen liegen. Der Roggenpreis soll sogar niedriger sein, als der Preis für Futtergerste. Trotzdem wird der Gerstenexport in Polen angeblich noch nicht mit der nötigen Sorgfalt gefördert. Die Exportprämie war bisher sogar niedriger, als für Roggen. Die polnischen Gerstenproduzenten bemühen sich daher, daß die Ausfuhrprämien denjenigen für Roggen gleichgestellt werden und daß ihre Geltung auf das ganze Wirtschaftsjahr ausgedehnt wird. Des Weiteren fordern sie Frachtermäßigungen und zwar insbesondere für diejenigen Produktionsgebiete, deren geografische Lage den Export begünstigt. Sie erwarten daraus eine Entlastung des Inlandsmarktes zugunsten der weniger günstig gelegenen Produktionsgebiete Polens. Schließlich werden noch Frachtermäßigungen für inländische Gerstentransports nach den Brauereien und Mälzfabriken gefordert. Die Frachtermäßigungen sollen denjenigen für Ölsmälerien bei Lieferungen an die Olmühlen gleichgestellt werden.

D.P.W.

Firmennachrichten.

v. Thorn. Zwangsversteigerung des in Thorn, Culmer Chaussee Nr. 6 und Graudenzerstraße, belegenen und im Grundbuch Toruń-Przemyscie, Blatt 171, auf den Namen des Edmund Lenartowicz und Maksymilian Szymański eingetragenen Grundstücks, bestehend aus Wohnhaus, 2 Hinterhäusern, hölzernen Wohnhaus, Wirtschaftsgebäuden sowie einer Bauparzelle von 6001 Quadratmetern, am 22. Juni 1933, 10 Uhr im Bürgergericht, Zimmer 7.

Grasdorf. Dem Landwirt Paweł Nawrocki in Grasdorf vom 20. bis 31. 3. 34 geforderter Zahlungsaufschub gewährt worden. Zum gerichtlichen Vermwalter ist der Schildner Nawrocki selbst ernannt. Die gerichtliche Aufsicht über den Vermwalter hat das Gericht der Landwirtschaftskammer in Thorn übertragen.

v. Soldau (Dzialdow). Zwangsversteigerung des in Soldau, Blatt 605, auf den Namen des Landwirts Bolesław Karbowiak in Jegla eingetragenen Grundstücks am 17. Juni 1933, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 25.

Die Lage des Einzelhandels in Deutschland.

Dr. Er. Mit der Entwicklung des Verkehrsnetzes, der gewerblichen Arbeitssteilung und des Lebensraumes einer Volkswirtschaft tritt der Handel als Vermittler des Absatzes in immer stärkerem Maße zwischen Erzeuger und Verbraucher, und dabei ist es durchaus keine auffallende Errscheinung, daß über den natürlichen Bevölkerungszuwachs hinaus, in den großen Wirtschaftsländern sowohl Handel und Verkehr im allgemeinen, als der Einzelhandel im besonderen, ihren ziffernmäßigen Anteil an der Gesamtbevölkerung erhöht haben. Am deutlichsten ist dieser Prozeß in den Vereinigten Staaten und in Deutschland zu beobachten. In Deutschland hat sich die Zahl der Handelsbetriebe von 1875 bis 1925 von 529 000 auf 1 143 000 erhöht, die Zahl der im Handel beschäftigten Personen in der gleichen Zeitspanne von 669 000 auf 3 175 000. Während im Jahre 1895 auf je 1000 Einwohner 12 Handelsbetriebe mit 27 beschäftigten Personen entfielen, sind jetzt 18 Handelsbetriebe mit 50 beschäftigten Personen in je 1000 der Bevölkerung enthalten. Von diesen entfällt die knappe Hälfte auf den Einzelhandel, dessen wirtschaftliche Aufgabe in der leichten Auslieferung der Ware an den Verbraucher besteht. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Einzelhandels ist an diesen Zahlen noch keineswegs voll zu erkennen. Wenn man ins Auge sieht, daß von dem gesamten Warenumsatz in Deutschland, der im Jahre 1929: 97 Milliarden betrug, 37 Milliarden auf den Einzelhandel entfallen, also fast 40 Prozent der gesamten Warenumsätze, und daß es sich hier im wesentlichen um Gegenstände des reinen Konsums handelt, so wird ersichtlich, von wie außerordentlicher Bedeutung eine richtige Organisation ist. Andererseits wird der Einzelhandel zu einem außerordentlich bedeutsamen Element jeder Beurteilung der Wirtschaftslage, da bei ihm fast die Hälfte des für den Konsum verfügbaren Volkseinkommens umgesetzt wird. Leider gehört der Einzelhandel bisher zu denjenigen Teilen der Volkswirtschaft, deren wissenschaftliche Bearbeitung bisher am wenigsten gepflegt wurde. Erst im Laufe der letzten 10 Jahre ist es langsam gelungen, die wichtigsten Faktoren des Einzelhandels: Umsätze, Lagerbewegung, Kreditverhältnisse, insbesondere ziffernmäßig zu erfassen, und hierdurch auch die Zusammenhänge des Einzelhandels mit den übrigen Wirtschaftszweigen, die Voraussetzungen seiner auf- und absteigenden Entwicklung und seine wirtschaftliche Lage deutlicher zu erfassen. In der jüngsten Zeit hat das Deutsche Konjunkturforschungs-Institut dieser Aufgabe mehrere Sonderstudien gewidmet; daneben existieren vor allem wertvolle Untersuchungen von Professor Hirsh und Dr. Seidlin.

Die jüngste Veröffentlichung des Konjunktur-Instituts liefert neues wertvolles Material für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage des deutschen Einzelhandels, für die Ursachen seiner Schwierigkeiten und die Aussichten für seine weitere Entwicklung. Es ist schon darauf hingewiesen worden, wie stark gerade der Handel, und hier wiederum der Einzelhandel, fortgelebt den Kreis der Unternehmungen und der beschäftigten Personen erweitert. In Zeiten einer wirtschaftlichen Krise vermehrt sich nicht nur die Zahl der Personen, die aus anderen Berufen verdrängt, im Einzelhandel haupt- oder nebenberuflich eine neue Erwerbsquelle suchen, ein Vorgang, der sich vor allem auch in einer Vermehrung des Schwarzhandels, sonder des Markts-, Straßen-, Haushalt- und Trödelhandels äußert, sondern es tritt gleichzeitig auch infolge der sinkenden Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung ein erheblicher Rückgang des Gesamtumsatzes ein. Während der Gesamtumsatz im deutschen Einzelhandel 1924 beispielhaft 25,4 Milliarden betrug, 1928: 30,4 Milliarden, 1929 fast 37 Milliarden, ging er 1931 auf 28,4 Milliarden, 1932 auf 23 Milliarden zurück, ohne daß diese Schrumpfung der Umsätze einen entsprechenden Ausdruck in der Zahl der Betriebe und der beschäftigten Personen fand. Es ist errechnet worden, daß der Umsatz je beschäftigter Person 1925 16 700 Mark betrug, 1929: 17 900 Mark, 1931: 15 200 Mark, so daß also die Schwankungen des Umsatzes nur in ganz geringem Maße auf den Personalbestand des Einzelhandels einwirken. Diese Tatsache ist für die Rentabilitätslage natürlich von außerordentlich großer und ungünstiger Bedeutung; sie allein zeigt schon, in wie großem Umfange die lebhaften Klagen des Einzelhandels über seine schwierige Wirtschaftslage berechtigt sind. Naturgemäß gestaltet sich die Lage in den verschiedenen Zweigen des Einzelhandels sehr verschieden, und zwar je nach dem Maße der Dringlichkeit des Bedarfs, den die einzelne Branche zu decken bestimmt ist. Am geringsten ist der Umsatzschwund in den Artikeln der gewöhnlichen täglichen Ernährung, schon größer auf dem Gebiete der Genussmittel und Kolonialwaren, in der Bekleidungsbranche beträgt der Rückgang gegen den Höchststand bereits 30 Prozent, bei Hausrat, Wohnbedarf sowie bei Kulturs- und Luxusbedarf bis zu 40 Prozent, teilweise fast bis auf die Hälfte. Die Umsätze des gesamten Fachhandels haben sich von 29 Milliarden in den Jahren 1928/1929 auf 22 Milliarden im Jahre 1931, und voraussichtlich auf etwa 20 Milliarden im Jahre 1932 vermindert. Die vielfach in den Kreis-

sen des Einzelhandels vertretene Meinung, daß dieser Umsatzrückgang sein Widerstück in einer Umsatzerhöhung oder wenigstens Umsatzbehauptung z. B. der Warenhäuser finde, ist unrichtig. Auch die Warenhäuser haben ihre Umsätze von dem Höchststand von 1 440 Millionen Mark 1928 auf Schätzungsweise 1 Milliarde 1932 vermindert. Eine Ausnahme bildet lediglich die Einheitspreisgeschäfte, die ihren Umsatz seit 1928 (160 Millionen) bis auf 320 Millionen (1931) erhöht haben. Diese Verschiebung ist indes ziffernmäßig nicht allzu bedeutend, denn auch mit der letzten Ziffer beträgt der Umsatz der Einheitspreisgeschäfte nur 1,1 Prozent des Gesamtumsatzes, während der Einzelhandel an diesem mit 77,3 Prozent beteiligt ist.

Neben den Einheitspreisgeschäften haben sich am Krisenfestesten die Umsätze des Markt- und Straßenhandels gezeigt, die 1931 nur ca. 300 Millionen geringer waren, als im besten Jahr 1929, und angesichts der erheblichen Preisschwankungen ungewißhaft mengenmäßig seit jener Zeit noch gestiegen sind. Ähnlich verhält es sich mit den Umsätzen der Konsumvereine und Werkkonsumenten. Diese beiden letzteren Kategorien umfassen 1931: 12,4 Prozent der Umsätze, gegenüber 9,4 Prozent z. B. im Jahre 1925.

Aber selbst wenn man ver suchen würde, alle diese Formen des Güterumsatzes mit gesetzlichen Maßregeln zu unterdrücken, würde der hierdurch dem Einzelhandel zuwachsende Mehrumsatz bei weitem nicht ausreichen, um den Umsatzrückgang infolge der Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage auch nur einigermaßen auszugleichen. Die Hauptursache der Schwierigkeiten liegt eben in dem Rückgang der Kaufkraft, daneben allerdings auch noch in einer Krisenzeit steigt der Verbraucher durch gewisse Industrie- und Großhandelszweige, und des unmittelbaren Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse vom Landwirt an den Verbraucher, und auf diesen Gebieten ist es aus vielen Gründen noch schwieriger, nach dem Gesetzgeber zu rufen, als auf den vorerwähnten Gebiet des gewissenschaftlichen Zusammenschlusses der Konsumvereine.

Unter dem Druck der Kreise hat naturgemäß der Einzelhandel auch in starkem Umfang versucht, durch Selbsthilfe seine Lage zu retten. Es ist interessant, daß es seit 1928 gelungen ist, die Lagerbestände des Einzelhandels um mehr als 2,5 Milliarden Mark abzubauen, und dadurch die Lasten der Lagerhaltung und der Kreditnahme zu vermindern. Es ist ungewißhaft auch gelungen, die übrigen Selbsthilfen stark zu senken. Von Professor Hirsh wird beispielhaft die Selbsthilfestellung von 1929 bis 1931 auf mehr als 1/2 Milliarde Mark geschätzt. Sicherlich hat sich dieser Prozeß bis in die Gegenwart noch erheblich fortgesetzt. Aber sogar die Senkung um 1 Milliarde und mehr gegenüber dem Höchstbestand vermag die Verluste infolge der Umsatzverminderung nicht entfernt auszugleichen. Es ist kein Wunder, daß unter solchen Umständen der Einzelhandel vor allem auch eine erhebliche Senkung der auf ihm lastenden öffentlichen Abgaben erstrebt. Die Verdoppelung der Umsatzsteuer mußte den Einzelhandel umso schmerzlicher treffen, als eine Abmildung auf den Konsum in Krisenzeiten vielfach undurchführbar ist, und der Einzelhandel in dem Einkaufspreis der Ware bereits mindestens eine Umsatzsteuervorbelastung von 3 Stufen = 6 Prozent zu übernehmen hat, die unter den obmaligen Verhältnissen in voller Höhe den Handelsnugen schmälert. Dazu kommt die Gewerbesteuer mit ihren zusätzlichen Sonderauflagen, für wichtige Branchen außerdem noch indirekte Steuern, die im Warenpreis stecken und ebenfalls in den letzten Jahren außerordentlich erhöht wurden. Aber diese steuerliche Überlastung hängt ja ebenfalls mit der Schwäche der Wirtschaftslage zusammen, geht also aus deren Wurzel hervor, wie der Rückgang der Umsätze, der die Hauptursache der schwierigen Lage des Einzelhandels darstellt. Eine neue Belastung der Wirtschaft, insbesondere eine starke Entlastung des Arbeitsmarktes, wird die wirksame Maßregel zur Rettung der Lage des Einzelhandels sein.

Die polnische Superphosphatanschaffung zeigt im Jahre 1932 folgende Ergebnisse: Mineralischer Superphosphat: nach Deutschland 9140,6 Tonnen, nach Litauen 5061,9 Tonnen, nach Dänemark 1322 Tonnen, Ammoniumsuperphosphat: nach Deutschland 3276,2 Tonnen. Dagegen wurden aus der Tschechoslowakei 142,4 Tonnen und aus Lettland 16,7 Tonnen mineralischer Superphosphat eingeführt, während ein Import von Ammoniumsuperphosphat nicht erfolgte. Im Januar und Februar d. J. wurden nach Deutschland 707,1 Tonnen und nach der Tschechoslowakei 14,9 Tonnen mineralischer Superphosphat ausgeführt, ferner nach Deutschland 84,5 Tonnen Ammoniumsuperphosphat. Dagegen wurden in den erwähnten Monaten lediglich 37,7 Tonnen mineralischer Superphosphat aus der Tschechoslowakei eingeführt.

Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der polnener Getreidebörsen vom 22. April. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

	Transaktionspreise:
Roggen 300 to	Richtpreise:
Weizen	36,25–37,25
Roggen	17,75–18,00
Mahlgerste 64–66 kg	13,75–14,25
Mahlgerste 68–69 kg	14,25–15,00
Braugerste	—
Hafer	11,50–12,00
Roggenmehl (65%)	27,50–28,50
Weizengemehl (65%)	55,50–57,50
Weizenfleie	9,00–10,00
Weizenfleie (groß)	10,25–11,25
Roggenfleie	8,25–9,00
Sommerweizen	12,50–13,50
Belüchten	12,00–13,00
Vitterlaerbien	21,00–23,00
Folgererbien	—
Bläue Lupinen	6,50–7,50
Gelbe Lupinen	8,00–9,00
Serradella	10,00–11,00
Speisefettstoffeln	1,70–1,90

Gesamtrendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 500 to, Weizen 289 to, Gerste 65 to, Roggenfleie 150 to, Weizenfleie 20 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Mahlgerste, Hafer und Roggenmehl ruhig, für Weizen und Weizengemehl beständig.

Berliner Produktionsbericht vom 22. April. Getreide- und Dolsaten für 1000 Kg, ab Station in Goldmarkt: Weizen, märk., 77–76 Rg. 195,00–197,00, Roggen märk., 72–73 Rg. 155,00 bis 157,00, Braugerste 172,00–180,00, Rüttler- und Industriegerste 163,00–171,00, Hafer, märk. 125,00–128,00, Mais —.

Für 100 Rg.: Weizengemehl 23,00–27,00, Roggenmehl 20,60–22,60, Weizenf